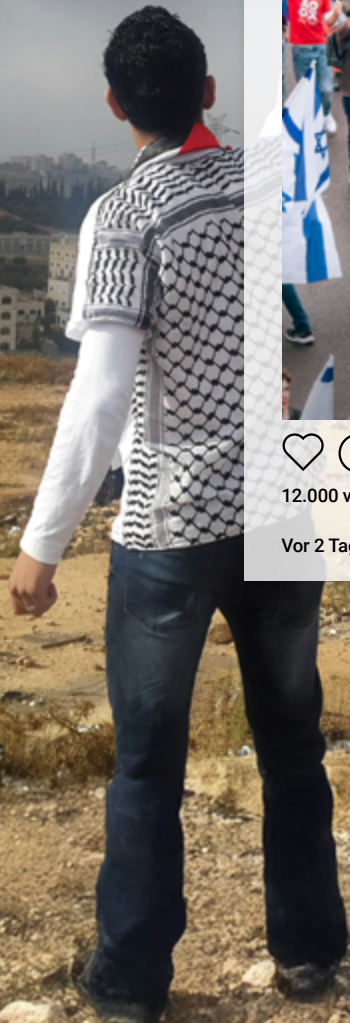


Fakten statt Fake: Was ist los im Nahen Osten?



Vorwort

Antisemitismus ist keine abstrakte Bedrohung – er zeigt sich tagtäglich, auch und gerade im schulischen Kontext. Seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem anschließenden Krieg Israels gegen die Hamas in Gaza ist der Hass gegen Jüdinnen und Juden noch einmal gewachsen. Auch in der Bundesrepublik werden jüdische Menschen täglich beleidigt, angefeindet und körperlich attackiert.

Zahlreiche Schülerinnen und Schüler beziehen ihre Informationen über den Nahostkonflikt zunehmend aus sozialen Medien wie TikTok, Instagram oder YouTube. Diese Plattformen mischen Fakten mit Mutmaßungen, historischen Verzerrungen und antisemitischen Narrativen. Der algorithmisch gesteuerte Medienkonsum verstärkt diese einseitigen Bilder und fördert ein Weltbild, das mit der Realität oft wenig gemein hat. Inhalte, die den Staat Israel delegitimieren oder antisemitische Stereotype bedienen, prägen so zunehmend die Wahrnehmung junger Menschen.

Viele Lehrkräfte stehen solchen Aussagen ratlos gegenüber: Was darf ich sagen? Wie reagiere ich richtig? Wo finde ich fundierte, faktenbasierte Argumente? Diese Broschüre ist aus dem Wunsch entstanden, genau an diesem Punkt anzusetzen: Lehrkräfte zu stärken, zu informieren und sie in ihrer wichtigen Rolle als Multiplikator:innen für eine israelsolidarische Bildungsarbeit zu unterstützen.

Auf Grundlage vieler Gespräche mit Pädagog:innen ist die Sammlung der Aussagen von Schüler:innen entstanden und wir haben im Sinne des Beutelsbacher

Konsens Antworten formuliert. Dabei vertreten wir keine einseitige Sichtweise – unsere Argumentation berücksichtigt historische und soziologische Kontexte sowie völkerrechtliche Bewertungen. Die angesprochenen Themen werden auch nach dem Ende des derzeitigen Krieges aktuell bleiben. Aufklärung und Information zum Nahostkonflikt bleiben weiterhin notwendig.

Es ist gut, in der Arbeit Bündnispartner wie das israel-solidarische Lehrernetzwerk (ISLN) zu haben. Das ISLN, eine bundesweite Initiative von engagierten Lehrkräften, setzt sich für die Förderung von Bildung, Toleranz und Solidarität mit Israel ein. Das Netzwerk dient als Plattform, um Ideen, Materialien und Projekte auszutauschen und für ein besseres Verständnis der deutsch-israelischen Beziehungen und gegen Antisemitismus zu wirken.

Diese Broschüre ist kein Lehrbuch, sondern eine Unterstützung für den Unterricht – beim Einordnen und zum eigenständigen Handeln in der Unterrichtspraxis. Sie ist von Expertinnen geschrieben, die sich mit zahlreichen Quellen auseinandergesetzt haben, um in wenigen Zeilen ein jeweils umfassendes Bild zu bieten.

Sie richtet sich an alle, die nicht schweigen wollen, wenn Jüdinnen und Juden diffamiert oder angegriffen werden – und die jungen Menschen helfen möchten, in einer komplexen Demokratie mündige Urteile zu fällen. Zu Diskussionen und Schulbesuchen sind wir jederzeit gerne bereit.

Mit den aufgelisteten Aussagen von Schüler*innen werden Lehrkräfte häufig konfrontiert.

Wir stellen die Behauptungen auf den folgenden Seiten in Kontext und zeigen, warum einige von ihnen als judenfeindlich einzuordnen sind.

BEHAUPTUNGEN:

- 06 Der 7. Oktober wurde von Israel inszeniert!
- 12 Die Hamas ist eine legitime Widerstandsbewegung
- 22 Der Krieg hat nicht erst am 7. Oktober begonnen, sondern schon 1948
- 28 Israel begeht einen Genozid an den Palästinensern
- 38 Netanjahu = Hitler und Zionisten = Nazis
- 42 Israel ist ein Apartheitsstaat, in dem Muslime keine Rechte haben
- 52 BDS – Cancel Culture – Der Boykott jüdischer Geschäfte ist legitim und wichtig, weil das Geld, das Juden in der Diaspora einnehmen dann nach Israel geht
- 60 From the River to the sea Palestine will be free
- 64 Yallah, yallah Intifada
- 72 Israel ist ein (weißer) Kolonialstaat
- 78 Juden sollen wieder da hin, wo sie herkommen
- 83 Impressum

»DER 7. OKTOBER WURDE VON ISRAEL INSZENIERT«



»**Hamas = Mossad**« stand ein Jahr nach dem 7. Oktober in großen Lettern auf einem Altglascontainer in Berlin-Kreuzberg. Auf der anderen Straßenseite befindet sich das Jüdische Museum. Die örtliche Nähe ist sicher kein Zufall. Sie zeigt, dass selbst die krudesten Verschwörungserzählungen unmittelbare Effekte auf das Leben von Jüdinnen*Juden haben. Seit jenem Tag im Oktober ist dieses Museum mehr noch als ohnehin schon von Gittern und Polizei geschützt. Jüdisches Leben hat sich aufgrund der Gefahrenlage beinahe in die Unsichtbarkeit zurückziehen müssen. Der Angriff auf Israel wurde als Angriff auf Jüdinnen*Juden weltweit verstanden

Die hingeschmierte Gleichsetzung verweist auf Verschwörungserzählungen, die schnell nach dem 7. Oktober in Umlauf waren. Die Behauptung lautet hier, der 07.10. sei ein Inside Job, der Tag von Israel lediglich inszeniert, der jüdische Staat habe das Morden zu verantworten – eine klassische Täter-Opfer-Umkehr.

Das Narrativ erinnert an die Verklärung des 11. September 2001, die Urstunde der Verschwörungserzählungen des 21. Jahrhunderts. In den Monaten danach kursierten Erklärungen, die detailliert zu beweisen versuchten, dass die Angriffe auf die Twin Towers unmöglich das Werk von Jihadisten sein konnten.

Stattdessen hätten »die Amerikaner« die Anschläge inszeniert. Mehr als 20 Jahre später wird dieselbe Unlogik auf die genozidale Gewalt des 7. Oktober angewandt. Wieder soll das Morden inszeniert worden sein, um einen neuen Krieg anzufangen. Somit werden Jüdinnen* Juden nicht als Opfer, sondern als Täter des unmittelbaren Geschehens betrachtet.

WAS »SIE SAGEN«

Israel habe von den Angriffen gewusst, sie aber zugelassen, um einen Vorwand für einen Krieg gegen Gaza zu haben (False-Flag-Theorie).

Die Geheimdienste Israels seien zu mächtig, um von so einem Angriff überrascht zu werden – das sei »nicht glaubwürdig«.

Die Eskalation habe Netanjahu innenpolitisch genutzt, um von Korruption und Protesten abzulenken.

Wie nach dem 11. September wurde die Behauptung, es handle sich um eine Inszenierung, auch beim 07.10. den Beteuerungen der Täter zum Trotz aufgestellt. Denn so wie Al-Qaida damals die Verantwortung für den Massenmord übernahm, machte auch die Hamas keinen Hehl aus ihren Absichten, im Gegenteil, sie filmte

Insbesondere auf Social-Media-Kanälen wurden diverse Varianten der Falschbehauptung verbreitet, Israel habe den Tag inszeniert. Auf X/Twitter schrieb ein User »sozusagen der jüdische Sender Gleiwitz« – eine Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus, der am 31.08.1939 tatsächlich einen Überfall auf einen Radiosender fingierte, um Polen überfallen zu können. Einigen dient der Glaube an einen Inside-Job zur Leugnung der Gewalt selbst. Insbesondere die sexualisierte Gewalt wurde systematisch in Frage gestellt und allen Beweisen zum Trotz bis zuletzt geleugnet. Unter Videos, die zeigen wie Besucher*innen des Nova Festivals um ihr Leben rennen, schrieben User*innen auf Tiktok »ist der Film auf Netflix« oder »Welches Studio ist das?« Andere erklären sich die vielen Toten des Tages durch israelische Kampfhubschrauber des Typs Apache, die das Feuer eröffnet hätten.

das Morden, veröffentlichte Videos auf Social-Media-Kanälen und brüstete sich damit, dem jüdischen Staat einen schweren Schlag zugefügt zu haben. Die ganze Welt konnte sehen, was die islamistischen Täter anrichteten. Bis heute veröffentlicht die Hamas immer wieder Videos der Geiseln, die noch immer im Gazastreifen festgehalten werden. Die Terrororganisation steht offen zum 7. Oktober.

Anhänger von Verschwörungsideologien lassen sich davon nicht beeindrucken. Was nicht sein darf, ist nicht. Palästina gilt als Underdog, der Unterdrückte und Leidende. Israel soll der alleinige Aggressor sein, das Böse. In dieses binäre und manichäische Weltbild passt nicht, dass die genozidale Gewalt von palästinensischen Islamisten ausging und auch vor Kindern und Familien keinen Halt machte. Dann gilt die Inszenierung eben als besonders gelungen. Sie ist so gut, dass die ganze Welt ihr aufsitzt, pardon: fast die ganze Welt. Denn die Verschwörungsgläubigen selbst, so meinen sie, sehen hinter den Vorhang, sehen die Wahrheit und haben nun den Auftrag, der schlafenden Masse zu zeigen, inwiefern sie hinter das Licht geführt werden. Verschwörungserzählungen geben immer das Gefühl, wieder die Oberhand zu haben und diese komplizierte Welt zu verstehen.

Die Narrative funktionieren alle nach demselben antisemitischen Bauplan: behauptet wird, es gäbe eine kleine, aber mächtige und böse Gruppe von Verschwörern, die »uns« für ihre Machenschaften hinter das Licht führt und in den allermeisten Fällen als jüdische Gruppe imaginiert wird. Die Verantwortlichen und Schuldigen sollen leicht zu identifizieren sein. »Cui Bono« lautet die Schlüsselfrage. Wer profitiert vom 7. Oktober? »Netanjahu« und seine Regierung, die Israelis also, so die schräge Antwort. Hier zeigt sich, dass auch der israelbezogene Antisemitismus von Verschwörungserzählungen durchzogen ist und immer wieder mit diesen gegen den jüdischen Staat argumentiert. Was also, so wird gefragt, wenn der israelische

Geheimdienst Mossad selbst hinter der Hamas steckt?
»Hamas = Mossad«?!

Der 7. Oktober hinterließ tiefe Risse in der israelischen Gesellschaft. Die islamistische Gewalt hat das Schutzversprechen des jüdischen Staates in Frage gestellt. Wie konnte das passieren, fragen sich viele Israelis. Von Geheimdienstversagen wird gesprochen. Es gab erste Rücktritte aufgrund dieses Versagens. Im Detail konnte bis heute noch nicht geklärt werden, wer für die immensen Sicherheitslücken dieses Versagens verantwortlich war. Sicher ist aber: der 7. Oktober ist das Werk islamistischer Palästinenser – und keine Inszenierung.

Nikolas Lelle

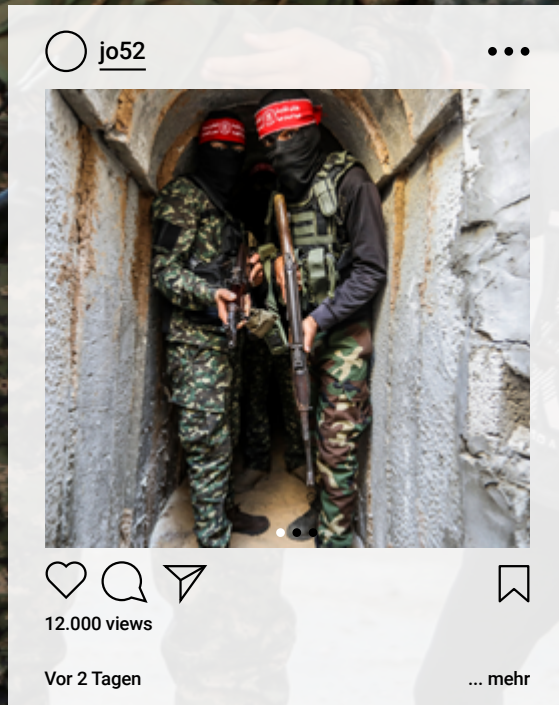


»DIE HAMAS IST EINE LEGITIME WIDERSTANDSBEWEGUNG«

Die ideologische Ausrichtung der Hamas

Gegründet wurde die Hamas am 10. Dezember 1987 während der ersten Intifada durch Scheich Yassin und weitere Personen als regionaler Ableger der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbrüderschaft in Gaza (Stadt). Ihr bei der Gründung erklärtes Ziel ist es unter anderem, die palästinensische Gesellschaft zu islamisieren und ein Gegengewicht zur Fatah-Bewegung (PLO) zu etablieren. Ein wesentliches Merkmal dieser islamistisch geprägten Organisationen in Ägypten und Gaza ist das Bestreben, Frieden mit Israel zu unterbinden. Um solche Annäherungen zu verhindern, verfolgt die Hamas palästinensische Bürger, die sich entsprechend engagieren, als Spione und richtet sie zur Abschreckung immer wieder öffentlich hin. Israel zu bekämpfen, ist die vordringliche Motivation der Hamas. Dieses Ziel stellt sie über das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung.

Die Hamas versteht sich als nationalistische palästinensische Bewegung mit einer politischen Partei und einem militärischen Arm, den Qassam-Brigaden. Darüber hinaus unterhält sie zahlreiche Wohltätigkeitsorganisationen. Diese dienen allerdings in erster Linie dazu, Hinterbliebene ihrer Märtyrer zu



versorgen, wie es auch die Fatah macht – jener Personen also, die im Kampf gegen den erklärten Feind gestorben sind. Unter anderem gehören dazu Selbstmordattentäter. Bei der Erfüllung vieler sozialer Aufgaben springt das eigens für die Palästinenser gegründete UN-Flüchtlingshilfswerk UNRWA (United Nations Relief and Works Agency) ein.

WAS »SIE SAGEN«

Die Hamas verteidigt das palästinensische Volk gegen eine militärisch überlegene Besatzungsmacht.

Widerstand gegen Unrecht sei laut internationalem Recht legitim, auch bewaffnet.

Der Westen delegitimiere gezielt muslimischen Widerstand, während er eigene Gewalt rechtfertige.

Ihren Unterstützern gilt die Hamas (»Harakat al-Muqawama al-Islamiya«, deutsch: islamische Widerstandsbewegung) als eben das: eine Widerstandsbewegung. Betrachtet man sich die Geschichte der Gruppe genauer, ist diese Interpretation mehr als zweifelhaft. Denn die Einordnung sollte sich an den Werten des Völkerrechts, der allgemeinen universalen Menschenrechte und an unserem Grundgesetz orientieren.

So schreiben Klaus Schubert und Martina Klein: »Politischer Widerstand bezeichnet ein politisches Verhalten, das sich gegen eine als bedrohlich und nicht legitim empfundene Herrschaft richtet. Es gibt Widerstand gegen Personen (den Herrscher, die Herrschenden), gegen die Form der Herrschaft bzw. gegen einzelne politische Maßnahmen.« Widerstand richtet sich also gegen die eigene, als Unrechtsregime empfundene Regierung. Ein Beispiel dafür ist der Kampf des ANC (African National Congress) gegen das südafrikanische Apartheidssystem. Die Hamas behauptet, gerechtfertigten Widerstand zu leisten, wenn sie Israelis in deren eigenem Land angreift. In ihrem Weltbild bedeutet Widerstand die Wiedererrichtung einer Herrschaft des Islam. In dieser Ideologie ist eine nichtmuslimische Herrschaft über jedes Territorium, das

einmal unter islamischer Herrschaft stand, eine widerrechtliche Besatzung. Würde man dieses Gedankengut als legitim ansehen, wären auch Spanien, Teile Südosteuropas oder Indien legitime Ziele des islamischen Widerstands.

Bei Frauke Höntzsch heißt es: »Allen Konzeptionen des Widerstands ist dessen Kennzeichnung als Gegengewalt gemein, Widerstand reagiert demzufolge auf vorausgegangenes Unrecht. Als Aggressor gilt die illegitim errichtete, sprich qua Konstitution willkürliche, staatliche Gewalt oder aber die ursprünglich legitime, jedoch entartete und in der Folge willkürlich verfahrenende staatliche Gewalt.« Seit 2005 hat sich Israel aus dem Gazastreifen zurückgezogen und übt daher, anders als in Teilen des Westjordanlands, auch keinen Einfluss mehr auf die politische Gestaltung dieser Region aus. Sie hat bis zum 7. Oktober 2023 aufgrund der geografischen Gegebenheiten die Bevölkerung im Gazastreifen durch teilweise Bereitstellung von Infrastruktur wie Strom und Wasser unterstützt. Wenn die Hamas von Widerstand spricht, meint sie die Vernichtung des Staates Israel dessen Errichtung sie als illegitim betrachtet. In diesem Bestreben setzt sie ihre eigene Bevölkerung sowohl als Waffe als auch als Schutzschild ein. Seit nunmehr Jahrzehnten akquiriert sie ihre Anhänger durch die Erziehung zum Hass auf Israel und Juden sowie die Förderung des Militarismus in Eliteschulen bereits im Kindesalter. Gewaltfrei und legal zu agieren, lehnt die Organisation ab. Für sie gelten Verhandlungen mit Israel als Verrat an ihren Zielen. Auch in ihrer geänderten Charta von 2017 erkennt sie das Existenzrecht Israels nicht an.

Gewalt als politischer Widerstand?

Der Politikwissenschaftler Uwe Backes benennt als unabdingbare Voraussetzung zur Rechtfertigung von Gewalt im Extremfall folgende Gesichtspunkte:

»*Erste Bedingung*: Der Handelnde hat ein gerechtes Anliegen. (...) Eine gravierende Verletzung von anerkannten Rechten liegt vor. Grundlage für die Beurteilung könnte das Völkerrecht sein.« Wer für seine Rechte eintritt, ohne anderen ihre Rechte abzuspochen, vertritt ein gerechtes Anliegen. Diese Kriterien erfüllt die Hamas nicht. Mit ihrem bewaffneten Arm, den paramilitärischen Izzaddin al-Qassam-Brigaden, unterhält die Hamas eine jihadistisch-terroristische Organisation, die seit ihrer Gründung regelmäßig Selbstmordattentate und Raketenangriffe verübt, sowie israelische Soldaten entführt. Die Tötung, Vergewaltigung, Folterung und Entführung von Frauen und Kleinkindern am 7. Oktober 2023 bildete den grausamen Höhepunkt. Die sunnitische Hamas trug und trägt neben der schiitischen Hizbollah maßgeblich dazu bei, den Nahostkonflikt als Religionskonflikt zu festigen.

16

»*Zweite Bedingung*: Nur durch die Anwendung von Gewalt lässt sich der gravierende Unrechtszustand beseitigen. Alle anderen Handlungsoptionen sind ausgeschöpft.« Die Hamas selbst sieht Gewalt aber als einzig legitimes Mittel. Verhandlungen lehnt sie kategorisch ab.

»*Dritte Bedingung*: Die Anwendung von Gewalt muss in allen historisch-politischen Situationen an die begründete Aussicht gebunden sein, dass sie zu einer wesentlichen Verminderung des gravierenden Unrechts führt.« Seit der Übernahme der Regierung in Gaza durch die Hamas hat sich die Lage der Menschen größtenteils verschlechtert. Als politische Partei in Gaza regiert sie diktatorisch und übt Staatsterror aus. Palästinenser, die die Hamas kritisieren oder sich für Frieden mit Israel einsetzen, gelten als Verräter und müssen mit drastischen Konsequenzen bis hin zu Todesstrafe und Mord rechnen.

»*Vierte Bedingung*: Die Anwendung von Gewalt muss in streng kontrollierter und beschränkter Weise erfolgen. (...) Das

eingesetzte Mittel muss das mildestmögliche sein.« Siehe Punkt 2. Spätestens seit dem Massaker an der Zivilbevölkerung in Israel kann davon nicht mehr die Rede sein.

»*Fünfte Bedingung*: Das durch die Gewaltausübung zu schützende Gut muss in einem angemessenen Verhältnis zu dem durch die Tat geopfertem Gut stehen.« Siehe Punkt drei: Die Gewalt führt zu erheblichem Leid sowohl in Israel als auch in Gaza, sodass sie in keinem Fall als angemessen angesehen werden kann.

Die Wissenschaft bezeichnet die terroristischen Betätigungen der Qassam-Brigaden als religiös motivierten Terrorismus. Dennoch betrachteten einige die Einordnung der Hamas als terroristische Organisation vor dem 7. Oktober 2023 als problematisch. Der Soziologe Armin Pfahl-Traughber beispielsweise sah die Hamas als eine Organisation an, die sich nach verschiedenen Kriterien bewerten ließ: »Ein weiterer Grenzfall liegt vor, wenn der Akteur noch andere politische Handlungen praktiziert. Dafür steht etwa die palästinensische Hamas, die Selbstmordattentate als Strategie nutzt. In diesem engen Kontext handelt es sich um eine terroristische Tat. Gleichwohl kann man die Hamas nicht auf die Dimension des Terrorismus reduzieren. Derartige Anschläge und Attentate bilden nur einen Teilbereich der Organisation, die darüber hinaus als Partei und sozialer Wohltäter agiert, um Akzeptanz in der palästinensischen Bevölkerung zu generieren. Insofern handelt es sich hier eher um eine politische Organisation mit einem terroristischen Segment.«

Doch die Organisation ist nicht an echter Regierungsarbeit interessiert. Denn zu den wichtigsten Aufgaben einer Regierung gehören die Daseinsvorsorge und der Schutz ihrer Bürger. Hingegen ist die Kriegsführung der Hamas darauf ausgerichtet, für Propagandazwecke möglichst viele zivile Opfer unter den Palästinensern in Gaza zu generieren. Und zahlreiche

17

Äußerungen ihrer Mitglieder zeigen, dass sie sich für die Bürger Gazas nicht zuständig fühlen. So antwortete der in Katar lebende Leiter des Hamas-Büros für internationale Beziehungen, Mousa Abu Marzouk, Ende Oktober 2023 im russischen Propagandasender »Russia Today TV« auf die Frage, warum Tunnel gebaut wurden, um Terroristen zu schützen, nicht aber die Zivilbevölkerung, dass die Tunnel für den Kampf benötigt würden. In diesem Zusammenhang lehnte er alle Verantwortung für die Zivilbevölkerung ab: »Jeder weiß, dass 75% der Menschen im Gazastreifen Flüchtlinge sind und dass es die Aufgabe der Vereinten Nationen ist, sie zu schützen. Nach der Genfer Konvention ist es die Aufgabe der Besatzungsmacht, sie mit allen Dienstleistungen zu versorgen, solange sie unter der Besatzung sind.« Daneben machen er und andere Hamas-Mitglieder wie der mittlerweile getötete Anführer Yahya Sinwar klar, dass sie vom palästinensischen Volk in Gaza erwarten, als Märtyrer zu sterben, um den internationalen Druck auf Israel zu erhöhen. Das heißt, sich, ohne zu protestieren, mit ihrer Rolle als Schutzschilde für die Terroristen abzufinden. Solche Haltungen machen deutlich, dass die Hamas kein Interesse daran hat, verantwortliche Regierungsfunktionen wahrzunehmen.

Obwohl die Hamas schon 2001 auf die Terrorliste der EU gesetzt wurde und als Terrororganisation eingestuft war, erfolgte der Vollzug des Verbots der Hamas in Deutschland erst am 2. November 2023, einen Monat nach dem Massaker vom 7. Oktober. Verbotgründe waren laut Verfassungsschutzbericht Zuwiderlaufen gegen Strafgesetze, Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung, sowie die Beeinträchtigung erheblicher Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinten Nationen (UN) haben die Organisation nicht als Terrorgruppe eingestuft.

Judith Faessler / Dr. Nikoline Hansen

Quellen:

Uwe Backes: Auf der Suche nach einer international konsensfähigen Terrorismusdefinition, in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/2003, Frankfurt/M. 2003, S. 153–165, hier: S. 162f.

Joseph Croiteru: Die Hamas. Herrschaft über Gaza. Krieg gegen Israel 3. aktualisierte Auflage C.H. Beck München 2024

Höntzsch, F. Widerstand oder Terrorismus? Eine theoretische Grundlegung. Polit Vierteljahresschr 62, 225–252 (2021).
<https://doi.org/10.1007/s11615-020-00290-y>



Armin Pfahl-Traughber: Terrorismus – Merkmale, Formen und Abgrenzungsprobleme in APuZ 2016
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/228864/terrorismus-merkmale-formen-und-abgrenzungsprobleme/>



Michael Kreutz: Die Muslimbrüderschaft 19.02.2019
<https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/286322/die-muslimbruderschaft/>



Peter Philipp: Hamas und Palästinensischer Islamischer Jihad 17.07.2011
<https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36365/hamas-und-palaestinensischer-islamischer-jihad/>



Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz 2020. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18481/widerstand/>



<https://www.arte.tv/de/videos/117538-000-A/hamas-die-erschaffung-eines-monsters/>



<https://www.youtube.com/watch?v=Uw6axy7pom8>



<https://www.mena-watch.com/hamas-tunnel-fuer-kaempfer-nicht-zivilisten/>



https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/islamismus-und-islamistischer-terrorismus/verbotene-organisationen/verbotene-organisationen_artikel.html



»DER KRIEG HAT NICHT
ERST AM 7. OKTOBER
BEGONNEN, SONDERN
SCHON 1948«



1948 wurde der Staat Israel gegründet. Dieser Staatsgründung ging ein längerer Prozess voraus, in dem versucht wurde, völkerrechtliche Grundlagen für eine gerechte Aufteilung des britischen Mandatsgebiets Palästina zu schaffen. Zu diesem Gebiet gehörte auch das seit 1923 autonome Gebiet Transjordanien. In dem betroffenen Gebiet westlich des Jordans, zu dem auch die bereits in der Bibel erwähnten Landstriche Judäa und Samaria diesseits des Jordans gehören, lebten Juden und Araber mal mehr und mal weniger friedlich zusammen.

Die Briten hatten das Gebiet während des Ersten Weltkriegs 1917/18 erobert. Bereits 1916 hatten sie dem Scherifen von Mekka versprochen, dessen Wunsch nach einem unabhängigen und geeinten arabischen Königreich zu unterstützen. 1917 sicherte der britische Außenminister dann in der sogenannten Balfour-Erklärung auch den Juden die Unterstützung für »eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina« zu.

Aufgrund der politischen Verhältnisse in Europa und insbesondere nach den Pogromen in Russland, wanderten in den 1920-er Jahren etwa 100.000 Juden in das Gebiet aus. Es kam infolgedessen zu Spannungen und Unruhen, etwa dem Massaker von Hebron am 24. August 1929, bei dem Araber

jüdische Häuser und Geschäfte stürmten und plünderten und 67 Juden ermordeten, die Leichen verstümmelten und Frauen vergewaltigten. Allerdings retteten arabische Nachbarn auch mehr als 400 der in Hebron ansässigen Juden, teils unter Lebensgefahr.

WAS »SIE SAGEN«

**Die Nakba
(Flucht/Vertreibung
Hunderttausender
Palästinenser 1948)
sei der eigentliche Beginn
der Gewalt.**

**Israel sei auf enteignetem,
palästinensischem
Boden gegründet
worden – eine dauerhafte
Unrechtssituation.**

**Alle späteren Konflikte
seien Symptome dieser
»ursprünglichen Sünde«.**

Libanon und der Irak griffen Israel einen Tag später nach Abzug der britischen Truppen an. Israel gewann diese militärische Auseinandersetzung und konnte sein Staatsgebiet vergrößern. 1967 mussten die Israelis erneut gegen arabische Nachbarn kämpfen. Ägypten, Syrien und Jordanien wurden dabei von anderen muslimischen Staaten und der Sowjetunion unterstützt. trotz der Übermacht gewannen die Israelis auch diesen Konflikt und konnten die Gebiete westlich des Jordans, sowie Jerusalem erobern und besetzen. Beide Gebiete waren 1948 von Jordanien

Trotz dieser Probleme wanderten bis 1938 insgesamt 200.000 Juden in das britische Mandatsgebiet Palästina ein. 1936 brach ein bewaffneter arabischer Aufstand aus, der sich in einer Serie von Gewaltakten gegen Juden und die britische Mandatsmacht bis 1939 hinzog. Von Oktober 1939 bis April 1940 verhängten die Briten daher eine Einwanderungssperre. Trotzdem kamen während des Zweiten Weltkriegs noch einmal ungefähr 80.000 Juden überwiegend auf illegalem Weg nach Palästina. Am 29. November 1947 verabschiedete die Generalversammlung der UN einen Teilungsplan für Palästina, die Resolution 181. Am 14. Mai 1948 wurde daraufhin der Staat Israel gegründet, am Tag der Beendigung des britischen Mandats. Die arabischen Staaten Ägypten, Transjordanien, Syrien,

besetzt und zum Teil annektiert worden. Daneben eroberte Israel von Ägypten den Gazastreifen und den Sinai. Bald nach Kriegsende beschloss die Arabische Liga, Israel weder anzuerkennen, noch Friedensverhandlungen mit dem jüdischen Staat zu führen. 1973 griffen Ägypten und Syrien überraschend erneut an. Mit hohen Verlusten konnte Israel sich auch in diesem Krieg behaupten. 1987 begann dann die erste Intifada, in der Palästinenser unter Einsatz von Gewalt gegen das israelische Militär protestierten. Nach mehreren gescheiterten Friedensverhandlungen zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde, in denen der palästinensische Verhandlungsführer, Yassir Arafat, sämtliche Lösungen abgelehnt hatte, begann im September 2000 die zweite Intifada. Die Selbstmordanschläge, bei denen über 1100 Israelis getötet wurden, richtete sich vorgeblich gegen die israelische Besatzung des Westjordanlands und des Gazastreifens. Aus der Sicht selbst linker Israelis zeigten die Attentate dagegen, dass die Palästinenser keinen Frieden wollten.

Am 7. Oktober 2023 überfielen Terroristen der Hamas israelische Zivilisten in ihren Häusern und richteten ein Massaker auf einem Musikfestival an. Sie töteten, verstümmelten und vergewaltigten wahllos die Menschen, derer sie habhaft werden konnten. Dies reiht sich ein in die lange Tradition der Angriffe auf Israel. Das Massaker hat allerdings eine neue Dimension, denn es ist der erste derartige Angriff auf die israelische Zivilbevölkerung auf israelischem Staatsgebiet. Bis heute stellen Staaten und Organisationen die Existenz Israels infrage. Die Terrororganisationen Hamas und Hisbollah, aber auch die Fatah gehören dazu. Die Islamische Republik Iran hat die Vernichtung Israels als Staatsziel formuliert. Der Krieg hat nicht erst am 7. Oktober begonnen, aber dieser menschenverachtende Angriff hat eine neue Dimension im Kampf um die Existenz Israels eröffnet. Für die meisten jüdischen Israelis hat der Angriff von 6000 Gazanern, unter ihnen rund 2200 palästinensische Zivilisten, erneut gezeigt, dass es der anderen Seite nicht um Koexistenz geht, sondern um die Vernichtung des Staates Israel.

Fazit:

Wenn argumentiert wird, der Krieg habe nicht mit dem Angriff der Hamas auf israelisches Kernland am 7. Oktober 2023 begonnen sondern 1948, wird auf die Gründung des Staates Israel Bezug genommen. Aus arabischer Sicht führte die Gründung zur Vertreibung der arabischen Bevölkerung, weshalb sie den Staat nicht anerkennen. Völkerrechtlich ist den im Britischen Mandatsgebiet Palästina lebenden Juden aber von den Vereinten Nationen in der UN Resolution vom 29. November 1947 das Recht auf die Gründung eines eigenen Staates zugesprochen worden. Dieser Beschluss ist für alle Mitgliedsstaaten bindend, da er mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen wurde. Damit hat der Staat Israel innerhalb seiner international anerkannten Grenzen das Recht auf Schutz vor existenzbedrohenden Angriffen aller Art.

Quellen:

Statistik von Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1392841/umfrage/getoetete-waehrend-der-ersten-und-zweiten-intifada/>



<https://www.lpb-bw.de/geschichte-palaestinas#c22239>



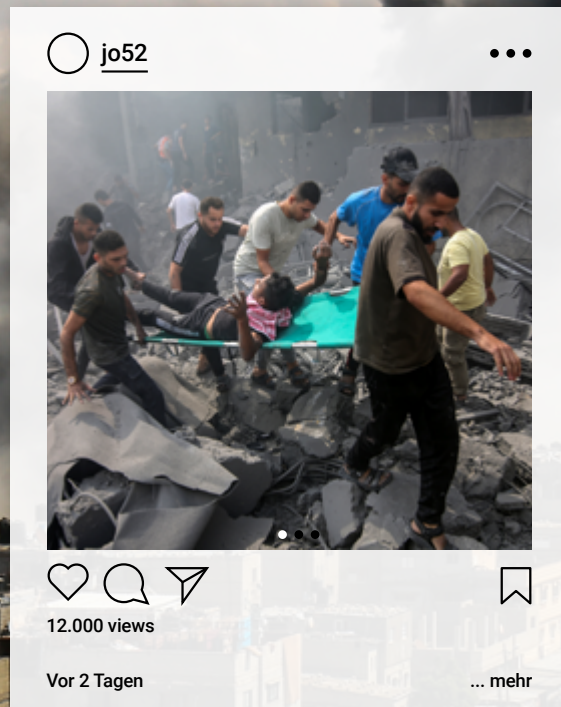
<https://www.bpb.de/themen/holocaust/gerettete-geschichten/149158/palaestina-als-zufluchtsort-der-europaeischen-juden-bis-1945/>



<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/520720/14-mai-1948-staatsgruendung-israels/>



»ISRAEL BEGEHT EINEN GENOZID AN DEN PALÄSTINENSERN«



Im Dezember 2024 warf die als Menschenrechtsorganisation gegründete Aktivistengruppe Amnesty International Israel in einem Bericht vor, einen Genozid gegen die Bevölkerung in Gaza zu begehen. Teile der deutschen Bevölkerung haben diese Behauptung übernommen, Schüler*innen eingeschlossen. Das Stigma wird auch künftig dazu beitragen, die Delegitimierung des jüdischen Staates zu verfestigen. Zudem trägt es zu einer direkten Bedrohung auch für Diasporajuden bei, die ihre Unterstützung für Israel und immer öfter ihre jüdische Identität verstecken (müssen).

Was ist ein Völkermord?

Als Völkermord werden laut der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen Handlungen definiert, »die in der Absicht begangen« werden, »eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören«. Zu solchen Handlungen zählen nicht nur die gezielte »Tötung von Mitgliedern der Gruppe« sondern auch »die Verursachung von schwerem körperlichen oder seelischen Schaden« und die »vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung« herbeizuführen. Auch die »Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe« fällt unter die Definition.

WAS »SIE SAGEN«

Die hohen Opferzahlen und systematische Zerstörung in Gaza gelten als Beweis für die Absicht, ein Volk zu vernichten.

Blockade, Wasser- und Stromentzug sowie Vertreibung aus Wohngebieten erfüllten Kriterien des Völkermords.

Internationale Gremien (z. B. UN-Experten, NGOs) hätten Israel bereits schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Wie begründet Amnesty den Vorwurf?

Amnesty beruft sich in dem Bericht auf Gespräche und andere Recherchen zwischen dem 7. Oktober 2023 und Anfang Juli 2024. Die Organisation hat rund 212 Gazaner interviewt – unter ihnen Opfer von Bombenangriffen – sowie mit führenden Vertretern der lokalen Behörden und Hilfsorganisationen gesprochen. Ferner beruft sie sich auf Satellitenbilder und die Auswertung anderer bildlicher Darstellungen und auf Dokumente. Auf dieser Grundlage wirft sie den Israelis vor, innerhalb eines Jahres rund 42.000 Menschen in Gaza getötet zu haben. Rund 13.000 davon seien Kinder gewesen. Die israelischen Verteidigungskräfte (IDF) zielten

bewusst auf Zivilisten. Daneben werde der Streifen in einem bisher ungekannten Ausmaß zerstört. Darüber hinaus sei die Bevölkerung Hunger, Vertreibungen und Krankheiten ausgesetzt. Das alles fügten die israelischen Verteidigungskräfte (IDF) den Menschen zu, um das Volk in Gaza zu zerstören, wie sich in Äußerungen einiger Regierungsmitglieder nach dem 7. Oktober zeige.

Hat Israel einen Genozid begangen?

- Die Zahlen des von der Hamas geführten Gesundheitsministeriums sind nicht korrekt. Es ist wahr, dass viele Zivilisten in dem Krieg umgekommen sind. Und der Verlust eines jeden zivilen Lebens ist zu bedauern und beklagen. Die Zahlen, die von der Hamas präsentiert werden, unterscheiden allerdings nicht zwischen Terroristen und Zivilopfern. Nach Angaben der

IDF haben sie von Oktober 2023 bis Oktober 2024 rund 17.000 feindliche Kämpfer getötet. Das reduziert die Zahl der zivilen Todesopfer beträchtlich. Daneben bezieht die Hamas auch Tote in ihre Statistik ein, die eines natürlichen Todes starben, sowie Zivilisten, die durch Fehlschläge der Terroristen getötet wurden. Militärexperten weisen zudem darauf hin, dass die Zahl der weiblichen Opfer und der Kinder nicht so hoch sein kann wie angegeben.

- Die IDF haben den Norden des Gazastreifens vor ihrer Operation geräumt, um Zivilisten zu schützen – oftmals behindert durch die Hamas und Hilfsorganisationen. Diesen Schutz fordert Amnesty in seinem Bericht einerseits, wirft Israel aber auf der anderen Seite Vertreibung vor, um den Genozidvorwurf zu untermauern.
- Die Organisation ignoriert, dass die Hamas-Terroristen nachweislich aus Schulen, Moscheen, Privatresidenzen und Krankenhäusern heraus operieren und angreifen. Das unterirdische Tunnelsystem dient nicht dem Schutz der Bevölkerung, sondern den Terroristen als Logistikzentrum, um den Angriffskrieg gegen Israel zu führen. Laut Amnesty darf Israel aber auch unter diesen Umständen den Tod von Zivilisten nur in den allerwenigsten Fällen in Kauf nehmen. Die Ausnahmen definiert die Organisation so eng, dass eine Kriegsführung gegen Terroristen unmöglich wird. Damit interpretiert die Organisation die völkerrechtlichen Anforderungen an Kriegsparteien auf unzulässige Weise um. Denn danach müsste der jüdische Staat sein Selbstverteidigungsrecht aufgeben, das ihm genauso zusteht wie jeder anderen angegriffenen Nation. Warnungen an Zivilisten vor einem Angriff, um diese zu schützen, werden in dem Bericht nicht erwähnt. Ebenso wenig die zivile und medizinische Hilfe, die Israel in Krankenhäusern oder anderen Einrichtungen leistet, wenn es die Hamas in diesen Gebäuden bekämpft.

- Maßgebend für die Annahme eines Völkermordes ist der Wille, ihn zu begehen. Nur weil es den Mördern diese Absicht nachweisen konnte, hat der Internationale Gerichtshof das Massaker an den Muslimen in Bosnien und Herzogowina 1995 als Genozid anerkannt, wenn es auch den Staat Serbien selbst dafür nur indirekt verantwortlich gemacht hat.
- Amnesty sieht diesen Vernichtungswillen in den Äußerungen einzelner Regierungsmitglieder nach dem 7. Oktober. Dabei wird weder die horrende Bestialität der Hamas Morde berücksichtigt, die zu unreflektierten Äußerungen führen kann, noch die Tatsache, dass dieselben Politiker danach immer wieder betont haben, dass Israel einen Krieg gegen die Hamas und nicht das Volk in Gaza führe. Hinzu kommt die konstruktive Zusammenarbeit der zuständigen Regierungseinheit mit Hilfsorganisationen, um der Bevölkerung beizustehen. Nicht nur hat Israel geholfen, die Versorgung aufrechtzuerhalten. Daneben waren die Israelis maßgeblich daran beteiligt, in zwei großen Kampagnen sämtliche Kinder im Gazastreifen gegen Polio zu impfen, Zelte für den Winter aufzustellen und die Logistik insgesamt zu verbessern.
- Dementsprechend urteilte der Internationale Gerichtshof 2024 in einem von Südafrika angestregten Prozess gegen Israel wegen Völkermords nicht in der Sache. Stattdessen erlegten die Richter der israelischen Regierung auf, die Kriegshandlungen so auszuführen, dass sie nicht gegen das Völkerrecht verstoßen.
- Im Juli 2025 warf Amnesty dem jüdischen Staat ebenfalls Genozid durch Aushungerung vor.
- Israel hat Gaza nicht ausgehungert. Seit Beginn des Krieges bis Mitte Januar 2025 sind 1,3 Millionen Tonnen Lebensmittel in den Streifen gelangt. Studien zufolge hätten den Bewohnern pro Kopf täglich rund 3200 Kalorien zur Verfügung stehen müssen. Oft genug allerdings haben die Hamas und andere

bewaffnete Gruppen die Transporte auf der anderen Seite der Grenze ausgeraubt. Der überbeuerte Verkauf der für die Bevölkerung vorgesehenen Vorräte trägt dazu bei, die Kriegskassen der Terroristen aufzufüllen.

- Für März und April stoppte die israelische Regierung alle Nahrungsmittel-Lieferungen, um die Hamas-Terroristen unter Druck zu setzen, die immer noch 50 Geiseln gefangen hielten, 20 von ihnen lebten noch. Die Netanjahu-Regierung ging wie zahlreiche Experten davon aus, dass noch genügend Nahrung in Gaza war, um die Menschen für einige weitere Monate zu versorgen. Zahlreiche Kritiker haben diese Entscheidung kritisiert, unter ihnen viele Israelis. Denn es hätte der Regierung klar sein müssen, dass die Hamas danach nicht aus Empathie mit den Bürgern Vorräte herausgeben würde. Tatsächlich wurde das seit Monaten gehortete Kontingent stattdessen verkauft. Die Preise für Nahrungsmittel explodierten, viele Gazaner gingen leer aus. Und viele hungerten. Daraufhin begann im Mai 2025 eine als neutral angesehene Organisation, die Gaza Humanitarian Foundation, mit der Verteilung von Lebensmitteln. Seither steigerte sich die Menge der Nahrungslieferungen trotz extremer Schwierigkeiten und Komplikationen kontinuierlich. Offizielle Stellen in Israel betonten wiederholt, dass ihnen die Herausforderungen durch Hunger in Gaza durchaus bewusst seien und sie alle Maßnahmen ergreifen würden, um ihnen entgegenzuwirken. Am 22. August 2025 stellte die Integrated Food Security Phase Classification (IPC), die Hungersituationen analysiert, eine akute Hungersnot in Gaza fest. Dafür allerdings waren die Kriterien zum ersten Mal in der Geschichte des Systems nach unten geschraubt worden. Mit dieser offensichtlich politisch motivierten Aktion, so warnen Kritiker wie das Network Contagion Research Institute (NCRI), gefährde die IPC die künftige Verlässlichkeit solcher Studien. In den Medien wurden Berichte aus dieser Zeit häufig mit Fotos ausgehungelter Kinder illustriert, die lebensbedrohliche Vorerkrankungen

hatten. Jedes Kind, das hungert, ist eines zu viel. Doch mit dem Leiden von Menschen Stimmungen erzeugen zu wollen, ist unmoralisch und hilft nicht den Leidenden, sondern den Terroristen, die sie bewusst leiden lassen.

- In den letzten Monaten haben die zwei rechtsextremen Mitglieder der Regierung, Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir, Erklärungen vor allem im Zusammenhang mit den Nahrungslieferungen nach Gaza gemacht, deren Verwirklichung sich mit dem Völkerrecht nicht vereinbaren lassen würde. Die Regierung handelt nicht entsprechend dieser Forderungen. Und die Mehrheit der Bürger in Israel hat Rufe nach einem Aushungern der Bevölkerung in Gaza oder deren Vertreibung verurteilt. Sie fokussiert sich stattdessen auf ihre Forderungen nach Freilassung der verbliebenen Geiseln, die seit dem 7. Oktober von Hamas unter unmenschlichen Bedingungen gefangengehalten werden.
- Obgleich Israel befürchtet, dass von den UN betriebene Hilfsorganisationen sich teilweise innerhalb der Hamas-Strukturen bewegen, hat die Regierung seit Sommer 2025 auch deren Nahrungsmittellieferungen wieder in den Streifen gelassen – im August 2025 waren es rund 30 Prozent der Lieferungen – weil sie erkannte, dass es akuten Hunger gab und die Bevölkerung nicht unter dem Verhalten der Hamas leiden sollte. Das ist moralisch richtig und gut, auch wenn es letztlich unter anderem der Terrororganisation hilft. So erreichen von den UN-unterstützten Lieferungen nur rund zwölf Prozent die Bevölkerung. Der Rest wird vorher geplündert.

Fazit: Die von Amnesty erhobene Anschuldigung ist unbegründet und haltlos.

Was sonst noch nützlich zu wissen ist:

Schüler*innen sollten in diesem Diskussionszusammenhang mit einigen jüdischen Werten vertraut gemacht werden, die das Handeln vieler Menschen in Israel immer noch leiten.

Der Amnesty-Vorwurf ist besonders perfide, weil er einem Staat gemacht wird, in dem viele Opfer und Nachkommen des größten Völkermordes des 20. Jahrhunderts leben. Für die meisten jüdischen Israelis und Jüdinnen weltweit ist »Genozid mehr als ein Wort – es repräsentiert kalkulierte Vernichtung und bösestes menschliches Verhalten«, wie es der frühere Chef des Israelischen Gerichtshofs, Aharon Barak, in seinem Minderheitenvotum im Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu demselben Vorwurf – in diesem Fall von Südafrika erhoben – im Januar 2024 formulierte. Barak selbst entkam als Kind dem »Holocaust durch Erschießung« in Litauen. Insgesamt überlebten nur fünf Prozent der litauischen Juden die Schoah. Den jüdisch-polnischen Anwalt Raphael Lemkin brachten der Völkermord der Nationalsozialisten und die geplante Auslöschung der Juden und anderer, rassistisch definierter verfolgter Gruppen dazu, den Begriff Genozid zu erfinden (was frei übersetzt aus dem Griechischen »Mord einer Familie oder Rasse« bedeutet). Jahrelang warb der Jurist vehement für die Etablierung einer rechtlich bindenden Konvention, um ein strafrechtliches Instrument im Kampf gegen Völkermord zu bekommen.

Hinzu kommt, dass das Leben im jüdischen Denken einen übergeordneten Stellenwert hat. Entsprechend lebensbejahend gestalteten die Rabbiner bereits seit dem dritten Jahrhundert ihre Regeln für das Zusammenleben. Selbst in einem notwendigen Krieg müssen die Juden Regeln beachten, die der Gegenseite Schutzrechte zugestehen. Und weil Menschen immer irren können und der Tod irreversibel ist, machten es die Gelehrten so schwer, die Todesstrafe zu verhängen, dass sie praktisch unmöglich wurde. Es ist kein Zufall, dass im jüdischen Staat seit 1948 lediglich zwei Menschen hingerichtet worden sind,

einer davon war Adolf Eichmann. An diesen Werten orientiert sich auch der Staat Israel. Er begeht Fehler im Krieg. Einzelne Soldaten begehen Verbrechen, manchmal schwere. Solche Vorkommnisse werden juristisch verfolgt. Neue Rekruten der IDF setzen sich während ihres Trainings intensiv mit von Israel in der Vergangenheit begangenen Kriegsverbrechen auseinander – um daraus für die Zukunft zu lernen. Mit einer genozidalen Absicht hat am 7. Oktober 2023 und in dem Krieg danach nur eine Partei gehandelt – die Hamas, die aus ihrer Absicht, die Israelis (und Juden) zu vernichten, keinen Hehl machte und macht.

Gunda Trepp

Quellen:

Der Amnesty-Bericht in voller Länge:

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/8668/2024/en/>



Hamas operiert aus Krankenhäusern und anderen geschützten Einrichtungen: NATO Strategic Communications Centre of Excellence: https://stratcomcoe.org/cuploads/pfiles/hamas_human_shields.pdf



Hamas und die Mehrheit der Weltpresse operieren mit nicht haltbaren Zahlen ziviler Opfer: <https://henryjacksonsociety.org/publications/questionable-counting/>



Zum Hunger in Gaza:

<https://www.timesofisrael.com/new-study-finds-food-supply-to-gaza-more-than-sufficient-for-populations-needs/>



Minderheitenvotum Aharon Barak:
<https://www.icj-cij.org/node/203452>



Bruce Hoffman: Understanding Hamas's Genocidal Ideology in The Atlantic, Oct. 10, 2023
<https://www.theatlantic.com/international/archive/2023/10/hamas-covenant-israel-attack-war-genocide/675602/>



Zur erforderlichen Absicht, einen Völkermord zu begehen:
International Court of Justice
Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders
Case Concerning Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide
(Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro)
Judgment of 26 February 2007

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/91/091-20070226-JUD-01-00-EN.pdf>



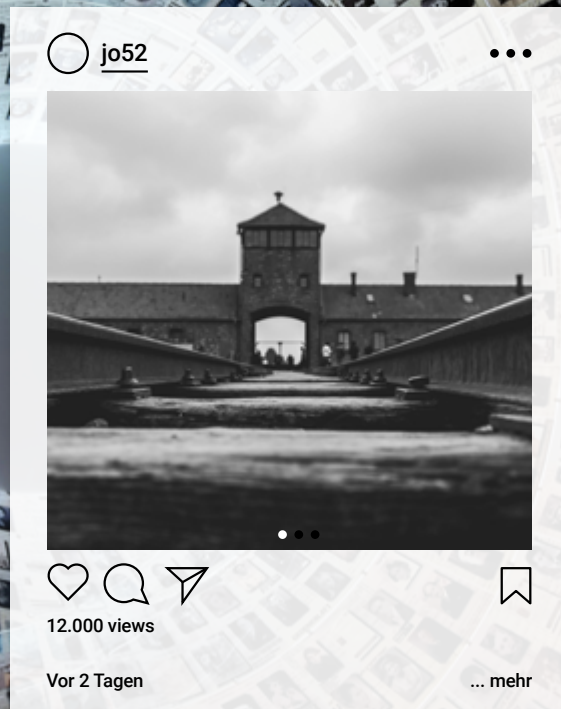
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/07/gaza-evidence-points-to-israels-continued-use-of-starvation-to-inflict-genocide-against-palestinians/>



https://networkcontagion.us/wp-content/uploads/Starving-for-the-Truth_-Fraud-Famine-and-the-Collapse-of-Rigor-in-IPCs-Gaza-Declaration.pdf



»NETANJAHU = HITLER
UND
ZIONISTEN = NAZIS«



Problem: Täter-Opfer-Umkehr als eine Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus. Der Schuldabwehr-antisemitismus konfrontiert Jüdinnen und Juden heute mit sämtlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus sowohl des tradierten Antisemitismus, der direkte Bezüge zum Holocaust und Nationalsozialismus aufweist, als auch der in der Gegenwart besonders verbreiteten israelbezogenen Antisemitismus. Den Antisemitismus nur als etwas Historisches zu betrachten, kann leicht dazu führen, dass aktuelle Übergriffe nicht erkannt, bagatellisiert oder ignoriert werden.

Der israelbezogene Antisemitismus ist aktuell die häufigste Form des Antisemitismus. Bei ihm besteht eine Verbindung aus Faktenresistenz und hoher emotionaler Aggressivität, gerade wenn es konkret um den Verlauf des arabisch-israelischen Konfliktes geht oder die Motivation der beteiligten Akteure.

Dabei spielen Relativierungen des Nationalsozialismus und der Präzedenzlosigkeit der Shoah in der verzerrten Darstellung Israels eine bedeutende Rolle, sei es textlich oder in Bildern. Eine solche Form des Schuldabwehrantisemitismus zielt darauf ab, einen Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und insbesondere mit

der Präzedenzlosigkeit der Schoah zu ziehen: die familiären biographischen Bezüge sollen nicht mehr reflektiert, Täter und deren Nachkommen entlastet, die Opfer und deren Nachkommen angegriffen werden. »Das geschieht häufig mit einer Täter-Opfer-Umkehr, bei der die Täter und ihre Nachkommen als »eigentlich« unschuldig und somit als »Opfer« und die Opfer und ihre Nachkommen als »eigentlich« schuldig

WAS »SIE SAGEN«

—
Israels Politik gegenüber Palästinensern erinnere durch Rhetorik und militärische Gewalt an faschistische Herrschaft.

—
Zionismus sei eine Ideologie, die andere unterdrücke, ähnlich wie Nationalsozialismus.

—
Diese Analogie stelle eine moralische Dringlichkeit her. (»Nie wieder – auch für Palästinenser«).

palästinensische Terroristen von ‚Israels Nazi-Faschismus‘. Sie bezichtigte Israel einer »Ausrottungspolitik« (→ »ethnische Säuberungen«, »Genozid«) und bezeichnete den damaligen israelischen Verteidigungsminister Mosche Dajan als ‚Himmler Israels‘.«² Israel wird hier als Exekutor eines »zweiten Holocaust« an den Palästinenserinnen und Palästinensern phantasiert.

und damit als »Täter« markiert werden.«¹ Der Schuldabwehrantisemitismus hat eine Funktion für den eigenen Narzissmus: Israel wird als Stachel einer unerwünschten Erinnerung imaginiert, der die gewünschte Identifizierung mit der eigenen Nation, eine familiäre und gesellschaftliche Harmonie ohne vermeintliche Störenfriede »von außen« verhindert.

Antiisraelische Aktivisten setzen immer wieder israelisches Regierungshandeln gerade in der Verteidigung gegen palästinensischen Terrorismus auch und gerade nach dem 7. Oktober 2023 mit dem Nationalsozialismus und der Schoah gleich. »Bereits 1972 schrieb das RAF-Mitglied Ulrike Meinhof im Kontext des Münchner Olympiaanschlags auf israelische Sportler durch

Israel plant aber keinen gezielten Massenmord und »deportiert« keine Palästinenserinnen und Palästinenser, um sie in Vernichtungslagern gezielt zu töten. Der Nationalsozialismus und die Schoah werden hier funktionalisiert und instrumentalisiert, um Israel auf eine Stufe mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu stellen, das heißt in gezielter Vernichtungsabsicht handelnd. In der Konsequenzlogik dieser falschen Gleichsetzung liegt es, dass im »Widerstand« gegen Israelis auch ein genozidaler Antisemitismus erlaubt sei. Der 7. Oktober 2023 hat das auf grauenhafte Art und Weise bezeugt: den Vernichtungswunsch derer, für die Israel als »Jude unter den Staaten« das ultimativ Böse verkörpert, von dem die Menschheit »befreit« werden müsse.

Die Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA führt u.a. folgendes Beispiel zur Veranschaulichung des modernen Antisemitismus an: »Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten«.³

Jörg Rensmann

Quellen:

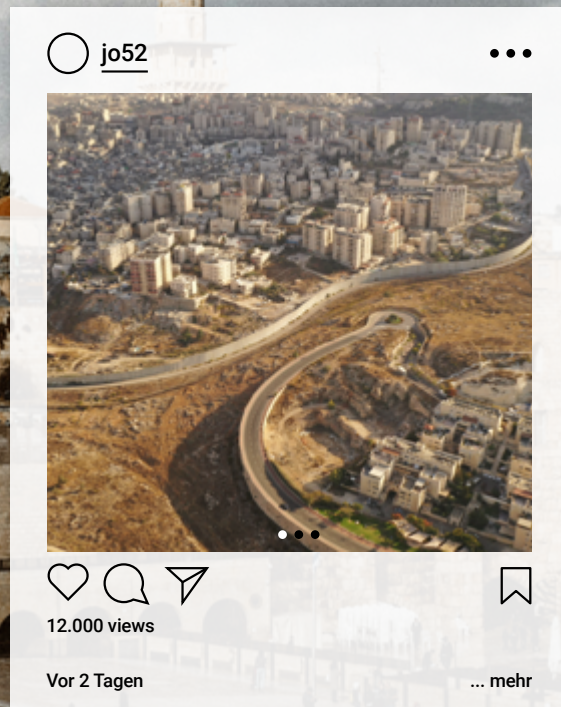
[1] Julia Bernstein, Florian Diddens (2023): Antisemitische Kontinuitäten in Bildern, S. 8

[2] RIAS Bayern (2024): »Free Palestine from German guilt«? Israelbezogener Antisemitismus in Bayern nach dem 7. Oktober, S. 108.

[3] Vgl. <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>, abgerufen am 4.12.2024.



»ISRAEL IST EIN APARTHEIDSTAAT« IN DEM MUSLIME KEINE RECHTE HABEN



Im Februar 2022 erschien ein Bericht von Amnesty International, in dem die Organisation dem jüdischen Staat vorwirft, ein System der Apartheid aufgebaut zu haben. Auf Deutschlands Straßen ist dieser Vorwurf schon seit Jahren zu vernehmen. Wie auch von Kritikern aus Kunst und Wissenschaft. Ist das Antisemitismus? Eine Rufmordkampagne gegen das kleine Land im Nahen Osten? Oder sind diese Äußerungen berechtigt?

Oder, anders gefragt, was genau wirft Amnesty den Israelis vor, um zu diesem Urteil zu gelangen?

Nachfolgend die Hauptargumente, die in dem Bericht erhoben werden. Sie stammen maßgeblich aus einer Einschätzung der Stiftung Wissenschaft und Politik, die Amnestys Begründung gut zusammengefasst hat, dann für die Bundesregierung aber zu einer »Jein, aber«-Beurteilung der Amnesty-Einschätzung kommt, die allerdings unter Experten nicht unumstritten ist.

Zusammengefasst behauptet Amnesty in seinem Papier folgendes:

1. Politik, Gesetzgebung und Praxis seien von dem übergeordneten Ziel bestimmt, eine jüdische Bevölkerungsmehrheit herbeizuführen und aufrechtzuerhalten.
2. Es gebe eine institutionalisierte Diskriminierung in Israel selbst.
3. Politik der gezielten Ansiedlung jüdischer Israelis im Negev und in Galiläa, in Gegenden mit einer ursprünglich palästinensischen Bevölkerungsmehrheit.

WAS »SIE SAGEN«

Verschiedene Gesetze und Bewegungsbeschränkungen für Palästinenser erfüllten laut Amnesty & Human Rights Watch das Kriterium von Apartheid.

Palästinenser in den besetzten Gebieten hätten kein Wahlrecht, eingeschränkten Zugang zu Ressourcen und stünden unter Militärrecht.

Jüdische und arabische Bürger Israels seien faktisch ungleich behandelt, besonders bei Landbesitz, Bau und Justiz.

4. Segregation im Westjordanland, das unter anderem durch zwei separate Rechts- und Verwaltungssysteme geprägt sei, die jeweils für die palästinensische Bevölkerung und für die jüdisch-israelische Siedlerbevölkerung gelten.
5. Drastische Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und anderer Rechte der palästinensischen Bevölkerung von Westjordanland und Gazastreifen.
6. Das Verhalten sowohl in Israel als auch in den umstrittenen Gebieten sei jeweils Teil eines umfassenden Systems und Ergebnis des Bestrebens, den jüdischen Charakter des Staates Israel durch Bildung einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit ebenso sicherzustellen wie die jüdische Kontrolle über das Land.

»Apartheid« nannte man das politische System der Rassentrennung in Südafrika in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Menschen des Landes wurden dabei in acht verschiedene Gruppen oder »Rassen«, je nach ihrer Hautfarbe, eingeteilt (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung).

Nach übereinstimmender Meinung der meisten Rechtsexperten bedeutet »Apartheid« die unterschiedliche Behandlung von Menschen aufgrund ihrer Rasse/Ethnie bzw. Hautfarbe. Aufgrund von ethnischen Unterschieden also, auf die die Angehörigen verschiedener Ethnien selbst keinen Einfluss haben.

Trennung im Staat Israel?

Jüdische und arabische Bürger haben gleiche Rechte. Arabische Bürger bekleiden hohe Posten an Unis, in Krankenhäusern und in Gerichten.

Amnesty und andere Kritiker sehen das besondere Rückkehrrecht für Juden oder Menschen mit jüdischen Wurzeln als Teil eines auf Trennung bedachten Systems an. Doch viele Länder erleichtern die Einbürgerung für Personen, die eine wie auch immer anders geartete Zugehörigkeit zu dem Land haben. Stichwort »Russlanddeutscher«.

Das Nationalstaatsgesetz enthält elf Artikel. Ein wichtiger Teil: Das Land Israel, in dem der Staat Israel gegründet wurde, ist die historische Heimat des jüdischen Volkes. In diesem Staat übt es sein Recht auf nationale, kulturelle, historische und religiöse Selbstbestimmung aus. Damit nimmt das Land für sich in Anspruch, was zahlreiche andere Staaten ebenfalls praktizieren, allen voran die umgebenden arabischen Länder, in denen der Islam die Staatsreligion ist.

Israel schützt die Rechte aller Minderheiten in seinem Staat. Straßennamen, Behördeninfos etc. sind auf Hebräisch,

Arabisch und Englisch. Arabische Israelis arbeiten als Ärzte, Apotheker, Professoren und Anwälte – und als Richter am Obersten Gerichtshof. Minderheiten wie Drusen oder Beduinen können in der Armee dienen – und immer mehr tun es. Das Land gewährt und schützt die Religionsfreiheit. Es gibt allein mehr als 400 Moscheen mit Imamen und Muezzin, deren Rufe oft über Kilometer hinaus zu hören sind. Ironischerweise bezeichnete Amnesty Israel ausgerechnet zu der Zeit als Apartheidstaat, in der dort eine Koalition mit einer arabischen Partei regierte.

Viele Kritiker im Westen sehen den Konflikt als eine Auseinandersetzung zwischen dunkelhäutigen Opfern (arabische Bevölkerung) und privilegierten Weißen (aschkenasische Juden) an. Das deckt sich in keiner Weise mit der Realität. Auch in der jüdischen Bevölkerung gibt es dunkelhäutige Menschen, wie die Juden aus dem Jemen oder Äthiopien. Die Hälfte der jüdischen Israelis sind mizrachische Juden, die aus arabischen Staaten geflohen sind und in ihrem Äußeren von Arabern nicht zu unterscheiden sind.

Amnesty wirft Israel vor, den Palästinensern das Rückkehrrecht zu verweigern. In dem Fall würden sich die Mehrheitsverhältnisse sehr schnell ändern. Israel wäre kein jüdischer Staat mehr. Damit spricht die Organisation den Juden das Recht ab, als indigenes Volk im eigenen Land zu leben, das mehrheitlich jüdisch ist. Das allerdings war einer der Hauptgründe der Zionisten, für ihren Staat zu kämpfen. Wie Chaim Weizman sagte, der Wunsch nämlich, in einem Land zu leben, in dem die Juden nicht die »Anderen« sein würden, die man nach Belieben Diskriminierung und Verfolgung aussetzen konnte.

Werden Minderheiten in Israel manchmal benachteiligt? Ja, wie in jedem anderen Land. Besonders die arabischen Bürger in Ostjerusalem, das 1967 von Israel annektiert worden ist, werden nicht selten als Bürger zweiter Klasse behandelt, was auch damit zu tun hat, dass viele von ihnen die Annahme der israelischen Staatsbürgerschaft ablehnen.

Fazit: Doch eine systematisch ungleiche Behandlung verschiedener Bürger aufgrund von Hautfarbe oder Ethnie lässt sich nicht feststellen. Im Staat Israel gibt es keine Apartheid.

Was ist mit dem Westjordanland und Gaza?

- Beide Gebiete standen von 1948 bis 1967 unter der Kontrolle arabischer Staaten. Jordanien hatte 1950 das Westjordanland annektiert und dessen Bewohnern die jordanische Staatsbürgerschaft verliehen. Ägypten besetzte nach dem Krieg den Gazastreifen und stellte es unter seine Verwaltung, ohne den Bürgern jemals irgendetwas anzubieten außer dem Flüchtlingsstatus. Beide arabische Staaten gaben den Palästinensern keine Perspektive auf einen eigenen Staat. Nach dem Camp-David Abkommen 1978 verzichtete Ägypten offiziell auf alle Ansprüche auf Gaza, das, wie das Westjordanland, seit dem Ende des Sechstagekriegs von Israel besetzt ist.
- Das Westjordanland ist seit dem Oslo-Abkommen 1993 (das ein erster Schritt zum Frieden und eigenen palästinensischen Staat sein sollte) in drei Gebiete eingeteilt: A – alleinige palästinensische Kontrolle. B – Israel und palästinensische Autonomiebehörde kontrollieren gemeinsam. C – alleinige israelische Kontrolle. Die einzelnen Gebiete verteilen sich über das gesamte Westjordanland.
- Sicherheitskontrollen schränken die Bewegungsfreiheit ein, weil es lange dauert, von einem Ort zum anderen zu gelangen.
- Die Sicherheitsbegrenzung durch den Zaun zu Israel, der an wenigen Stellen eine Mauer ist, macht es noch komplizierter. Im C-Gebiet liegen israelische Siedlungen. Mittlerweile leben mehr als 400.000 Siedler dort. Sie unterliegen dem israelischen Zivilrecht, während die rund 300.000 Palästinenser in dem Gebiet dem Militärrecht unterliegen.

- Einige der Siedlungen sind strategisch notwendig und würden auch im Fall eines Friedensvertrages gegen Landaustausch bestehen bleiben, andere sind es nicht.
- Zugang zu Wasser ist für die palästinensischen Bewohner vor allem im C-Gebiet des Westjordanlandes ein Problem.
- Insgesamt kann man viele Situationen besonders im C-Gebiet als verfestigte Diskriminierung der Palästinenser ansehen.
- Den Gazastreifen hat Israel 2005 geräumt, mitsamt aller jüdischen Gebäude und der Siedlungen.
- Während der zweiten Intifada verhängte Israel mehrere Male Blockaden gegen Gaza, um sich gegen Hamas-Attentäter zu schützen. Nachdem die islamistische Terrorgruppe 2007 in einem Gewalt-Coup die Macht übernommen hatte, reduzierten sowohl Israel als auch Ägypten die Zahl der offenen Übergänge. Das diskriminiert offensichtlich die Bewohner*innen des Streifens, die sich vom Terrorismus distanzieren.
- Für viele Palästinenser sind viele der Sicherheit geschuldeten Maßnahmen offensichtliche Benachteiligungen und Diskriminierungen, die sie im Alltag spüren.

Doch Apartheid sieht anders aus, außer man definiert sie neu

Die unterschiedliche Behandlung von Israelis und Palästinensern in den Gebieten ist Ergebnis des Besatzungsrechts und eines nicht gelösten Konflikts. Es ist kein Apartheids-System. Zudem muss im Blick behalten werden, warum die Situation in den umstrittenen Gebieten derart verfahren ist. Und vor allem, warum es die strengen Sicherheitskontrollen gibt. Darauf weist der israelische Historiker Benny Morris hin. Er sagt, das Westjordanland sei in Gefahr, angesichts der unterschiedlichen Rechtssysteme zu einem Apartheidsgebiet zu werden, fügt aber hinzu, Israel sitze in

einer Falle. Angesichts der Sicherheitsrisiken habe der Staat häufig keine andere Möglichkeit als so zu handeln, wie es ihm vorgeworfen wird. Wie viele andere Israelis und Diasporajuden kritisiert allerdings auch Morris das Entstehen neuer illegaler Mini-Siedlungen (Außenposten) im Westjordanland und das gewalttätige Verhalten einiger radikaler Siedler scharf, deren Zahl nach Schätzungen von Experten knappe 1000 beträgt. Die meisten von ihnen sind jung und bereit, neben Palästinensern auch das israelische Militär anzugreifen. Man schätzt, dass es daneben einige tausend Sympathisanten gibt.

Was noch gut zu wissen ist:

Nachdem die Israelis während des Sechstagekriegs das Westjordanland erobert hatten, stellten sie sich das Auskommen völlig anders vor:

- Im Krieg 1967 erlangte Israel die Kontrolle über das Westjordanland, Ostjerusalem, den Gazastreifen, den Sinai und die Golanhöhen.
- Zuvor stand das Westjordanland unter jordanischer Kontrolle – daher kommt der Name – westlich des Jordan Flusses, während das Königreich östlich davon liegt.
- Vor 1967 gab es permanente (oft tödliche) Angriffe gegen israelische Bürger*innen aus allen genannten Gebieten.
- Die Regierung plante, die **Gebiete im Austausch gegen Frieden** zurückzugeben. Die Arabische Liga lehnte die »Land-for-Peace«-Politik sofort strikt ab. Auf ihrer Konferenz in Khartum im September 1967 formulierten die arabischen Staaten ihre drei Neins:

**Kein Frieden mit Israel.
Keine Anerkennung Israels.
Keine Verhandlungen mit Israel.**

- Als erster Staat durchbrach Ägypten diese Barriere. Der ägyptische Präsident Anwar Sadat und der israelische Ministerpräsident Menachem Begin schlossen 1979 in Camp David Frieden. **Israel gab den Sinai zurück und zog 2500 Siedler ab.**
- Bis 1988 hatten die Palästinenser im Westjordanland die jordanische Staatsbürgerschaft. Dann nahm König Hussein sie zurück.
- Bis 1992 kamen Palästinenser ohne jede Kontrolle nach Israel. Viele von ihnen fuhren jeden Morgen zur Arbeit dorthin.
- Nach der ersten Intifada verschärfte der jüdische Staat die Sicherheitsvorkehrungen.
- Während der zweiten Intifada, bei der mindestens 1000 Israelis getötet und tausende bis zu ihrem Lebensende körperlich und psychisch gezeichnet wurden, baute Israel die Sicherheitstrennung zum Westjordanland. Das reduzierte die Zahl der Anschläge seit 2003, bis die Zahl der Terroropfer im Jahr 2006 auf 15 und im Jahr 2008 auf eine Person gesunken war.
- Während der Covidzeit halfen israelische Soldaten den Bürgern des Westjordanlandes, an die Strände in Israel zu gelangen. Während dieser Lockerungen stieg die Zahl der Anschläge sofort wieder an.

Gunda Trepp

Quellen:

Amnesty Bericht Februar 2022:
<https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/02/israels-system-of-apartheid/>



Bericht Amnesty International Februar 2022, Zusammenfassung der Stiftung Wissenschaft und Politik.
<https://www.swp-berlin.org/10.18449/2022A13/>



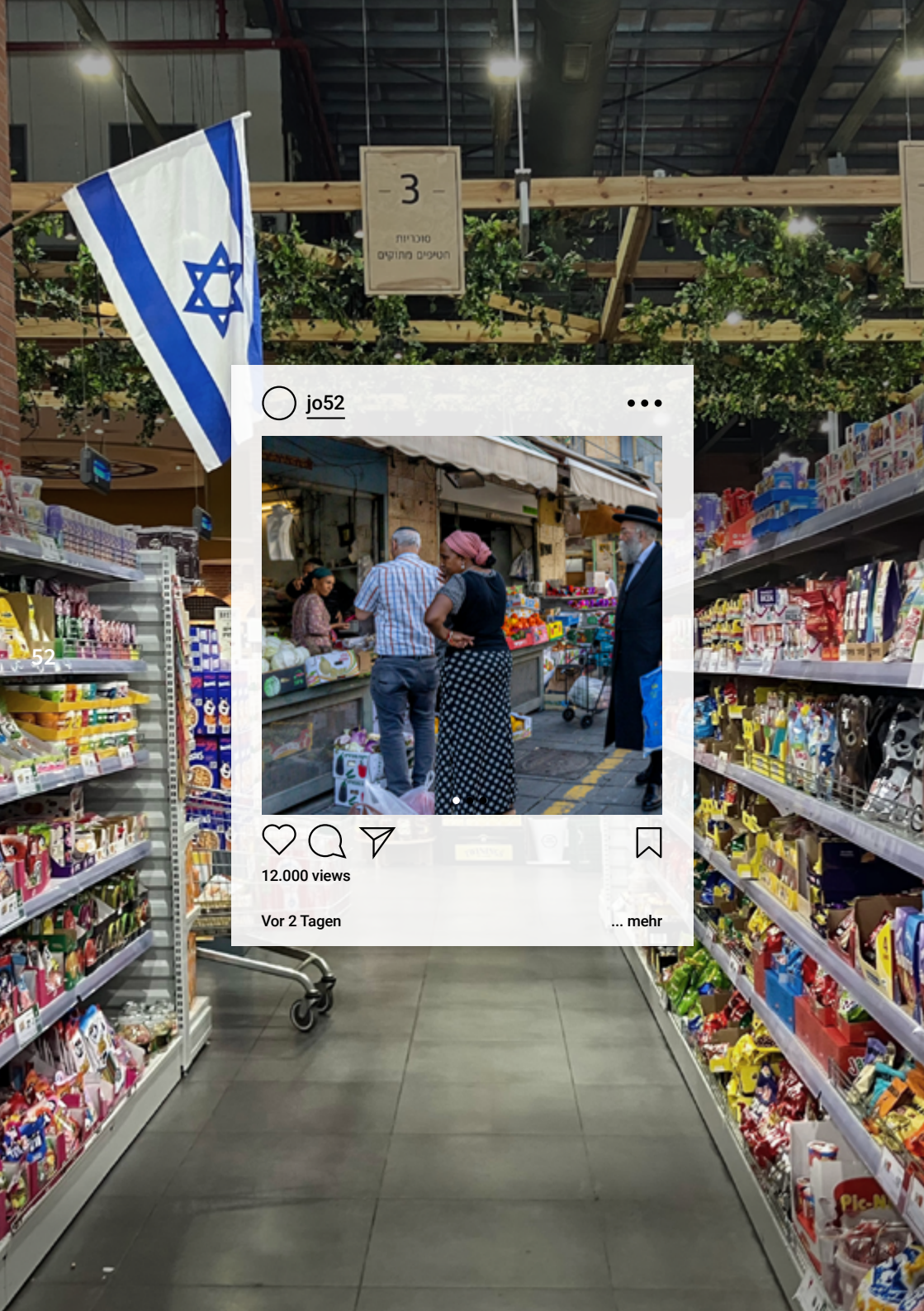
Bundeszentrale für politische Bildung
<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/319831/apartheid/>



Gunda Trepp, Gebrauchsanweisung gegen Antisemitismus, WBG 2020

Noam Weissman, Unpacking Israeli History, Is Israel an Apartheid State – Part 1 and 2, Podcast

Noam Weissman, Unpacking Israeli History, Oslo: The Peace that wasn't.



»DER BOYKOTT JÜDISCHER
GESCHÄFTE IST LEGITIM UND
WICHTIG, WEIL DAS GELD,
DAS JUDEN IN DER DIASPORA
EINNEHMEN, NACH
ISRAEL GEHT!«

Antisemitische Boykottaufrufe im historischen und aktuellen Kontext

Boykotte gegen Jüdinnen und Juden und gegen Israel haben in Europa und in der »arabischen« und »islamischen Welt« eine lange antisemitische Tradition. Diese richteten sich gegen Jüdinnen und Juden allgemein und die Existenz eines jüdischen Staates in Palästina. Die aktuellen Boykottaufrufe in Deutschland stehen in dieser Tradition. Sie versuchen Boykotte nach den genozidalen Massakern der Hamas und ihrer Verbündeten am 7. Oktober und den folgenden Kriegen als legitim erscheinen zu lassen. Doch wer steckt hinter diesen Boykottforderungen? Und welche Ideologien und Traditionen liegen ihnen zugrunde?

Boykotte im Nationalsozialismus

Der Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland und Palästina und später in Israels hat eine lange Geschichte, die bis ins späte 19. Jahrhundert und in die Zeit des Nationalsozialismus zurückreicht. Die Parole »Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!« war ein zentrales Element der nationalsozialistischen Propaganda mit dem reichsweiten Boykott am 1. April 1933. Die Praxis zielte auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Isolierung von

Jüdinnen und Juden und ging der Praxis der Vernichtung der Jüdinnen und Juden voran.¹

Antijüdische Boykotte in Palästina und durch die Arabische Liga

Antijüdische Boykotte gab es auch in Palästina bereits vor der Gründung des Staates Israel. Anfang der 1920er Jahre rief der Palästinensisch-Arabische Kongress zum Boykott des Yishuv, der jüdischen Gemeinschaft im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina, auf. Die Arabische Liga beschloss im Jahr ihrer Gründung, im Dezember 1945, den Boykott der jüdischen Gemeinschaft in Palästina. Im Februar 1946 wurde in Kairo das Ständige Boykottkomitee der Arabischen Liga gegründet, um die Umsetzung der Boykottresolution zu überwachen. Mit der Gründung des Staates Israel 1948 wurde der Boykott durch die

Arabische Liga auf den jüdischen Staat ausgeweitet. Im März 1952 wurden regionale Boykottbüros eingerichtet, um den Boykott in den verschiedenen Ländern zu überwachen. Im Kontext der Friedensabkommen zwischen Ägypten (1979) und Jordanien (1994) und Israel nahm auch der Boykott in einigen der Staaten der Arabischen Liga ab.²

Boykott als ideologische Strategie im Islamismus und Panarabismus

Neben der staatlichen Praxis traten und treten verschiedene politische bzw. politisch-religiöse Bewegungen für einen Boykott ein und bekämpfen Jüdinnen und Juden, »pro-jüdische« Personen oder welche, die Kontakte zu Israel pflegen. Die im Jahr 1928 in Ägypten

gegründete und weltweit einflussreichste islamistische Bewegung, die Muslimbruderschaft, aber auch der Panarabismus, der die Vereinigung der arabischen Welt anstrebt, sehen im Kampf gegen die Existenz des Staates Israel einen zentralen Punkt ihrer Identität und Mobilisierung.³

Aus der Muslimbruderschaft ging im Jahr 1987 Jahren die Terrororganisation Hamas (Arabische Abkürzung für »Bewegung des Islamischen Widerstands«) als Arm der Muslimbruderschaft in Palästina hervor. Die Juden, so die Wahrnehmung der Islamisten, unterwarfen sich nicht länger dem Diktat des Islams als Schutzbefohlene der Muslime und der göttlichen Vorgabe und gründeten einen Staat auf islamischem Territorium im arabisch-islamischen Palästina.⁴ So sahen sowohl die Islamist:innen als auch die arabischen Nationalist:innen im Kampf gegen Juden in Palästina respektive Zioniste:innen in Israel ein zentrales Moment ihres Kampfes, der die islamische bzw. arabische Gemeinschaft – die Umma – einigen sollte.

BDS: Ein moderner Ableger des traditionellen Boykotts

Die Entstehung der BDS-Kampagne

Im Jahr 2005 wurde ein Neuanlauf einer Boykottkampagne offiziell gestartet. Das arabisch-palästinensische Anti-Friedenslager verabschiedete – im Austausch mit europäischen Gruppen – den sogenannten BDS-Call und startete damit eine internationale Kampagne. BDS steht für Boycott, Divestment and Sanctions (Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen). Die BDS-Kampagne fordert den ausnahmslosen Boykott aller israelischen Unternehmen, Produkte sowie kultureller und wissenschaftlicher Kooperationen. Das einzige Kriterium für den Boykott ist die Verbindung zum jüdischen Staat. Damit richtet sich BDS pauschal gegen alle Israelis. Im Aufruf wird ein Boykott Israels gefordert, bis die Existenz des jüdischen Staates de facto beendet ist. BDS ist neben dem Kampagnenlabel auch ein Organisationszusammenhang.⁵

WAS »SIE SAGEN«

Viele Firmen hätten direkte wirtschaftliche Verbindungen zu israelischer Politik oder Militär.

Boykott sei ein gewaltfreies Mittel des Widerstands, historisch erfolgreich (z. B. Südafrika).

Jüdische Organisationen in der Diaspora würden Israel politisch und finanziell unterstützen – durch Boykott könne man Druck ausüben.

Zusammenarbeit mit terroristischen Organisationen

Das »BDS National Committee« (BNC) arbeitet direkt oder vermittelt über den »Council of Palestinian National and Islamic Forces« mit den Terrororganisationen Hamas, Palästinensischer Islamischer Jihad und Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) zusammen.⁶

Weitere antisemitische Boykottbewegungen heute

Heutzutage gibt es neben den genannten BDS-Gruppen sogenannte Anti-Normalisierungsgruppen, die in der MENA-Region aktiv sind, um einen Frieden mit Israel bzw. mit den Juden zu verhindern. Individuen, Organisationen und Staaten, die Frieden oder Kontakte mit Israel unterhalten, werden als »Normalisierer« bekämpft. In Deutschland und Europa rufen zudem Nazis und Neonazis zum Boykott Israels auf.

Fazit: Boykott als antisemitische Strategie

Der Boykott gegen Juden und Israelis ist also eine lange etablierte antisemitische Praxis, auch in arabisch-sprachigen Ländern, die bis heute anhält. Neu an solchen Forderungen gegen Juden und Israel ist lediglich der jeweilige Kontext, der als Rechtfertigung genutzt wird. Es sind unmittelbare Aufrufe, um Juden bzw. Israelis zu schaden – und zwar unabhängig von deren politischer, geschlechtlicher oder anderer Identität. Es handelt sich dabei um Antisemitismus und kann zudem anhand der Charta der Europäischen Union als Aufruf zur Diskriminierung aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft oder »Race« angesehen werden.⁷ Boykotte von Jüdinnen und Juden sowie Israelis werden weitgehend als antisemitisch verurteilt – so auch vom Deutschen Bundestag.⁸

Kim Robin Stoller

[1] Lehrmaterialien und Illustrationen zum historischen Kontext finden sich hier: (Stiftung Deutsches Historisches Museum, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland o. J.).

[2] Feiler, Gil 1998. From boycott to economic cooperation: the political economy of the Arab boycott of Israel. London ; Portland, Or.: Routledge.

[3] Küntzel, Matthias 2002. Djihad und Judenhaß. Über den neuen antisemitischen Krieg. ça ira. Litvak, Meir & Webman, Esther 2009. From empathy to denial : Arab responses to the Holocaust. New York: Columbia University Press.

[4] (Armin Pfahl-Traughber 2023).

[5] Vgl. zur BDS Kampagne in Deutschland und zu den Verbindungen zu Terrororganisationen (Stoller 2023; Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung 2020).

[6] Ebd.

[7] (Europäische Union 2012)

[8] (Deutscher Bundestag 2024; Deutscher Bundestag 2019)

Literatur

Armin Pfahl-Traughber 2023. Antisemitismus in der Charta der Hamas - Dossier Islamismus. In: Bildung, Bundeszentrale für politische (Hg.). bpb.de.
<https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36358/antisemitismus-und-antizionismus-in-der-ersten-und-zweiten-charta-der-hamas/> [5.2.2025].



Bartal, Shaul 2021. The Muslim brotherhood's perception of Israel. Israel Affairs 27/6:1190–1199.
<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13537121.2021.1993005> [30.1.2023].



Deutscher Bundestag 2019. Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen.
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/101/1910191.pdf>



Deutscher Bundestag 2024. Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken.
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013627.pdf> [5.2.2025].



Europäische Union (Hg.) 2012. Artikel 21 - Nichtdiskriminierung, Charta der Grundrechte der Europäischen Union.
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:12012P/TXT> [6.2.2025].



Feiler, Gil 1998. From boycott to economic cooperation: the political economy of the Arab boycott of Israel. London; Portland, Or.: Routledge.
Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung 2020. Die antisemitische Boykottkampagne BDS. Berlin.
<https://iibsa.org/de/antisemitische-boykottkampagne-bds-handreichung/> [9.3.2023].



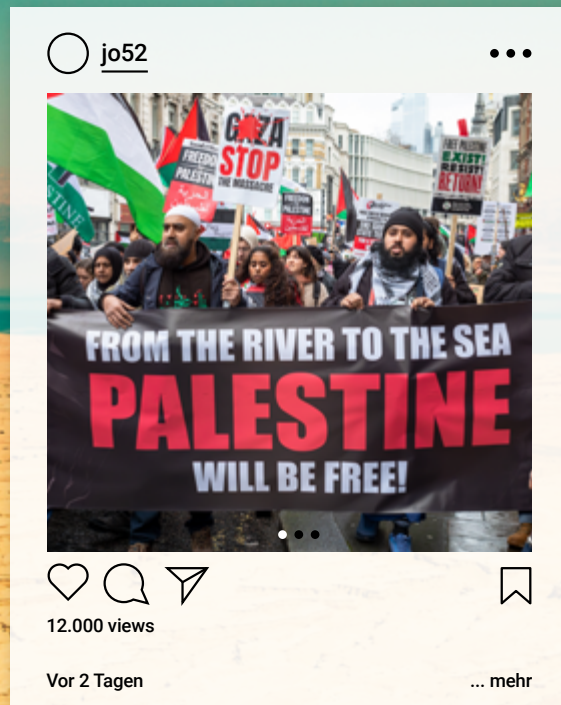
Küntzel, Matthias 2002. Jihad und Judenhaß. Über den neuen antisemitischen Krieg. ça ira.
Litvak, Meir & Webman, Esther 2009. From empathy to denial: Arab responses to the Holocaust. New York: Columbia University Press.
Stiftung Deutsches Historisches Museum, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Der »Geschäftsboykott« am 1. April 1933 - LeMO Das lebendige Museum Online.
<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ausgrenzung/antisemitismus> [5.2.2025].



Stoller, Kim Robin 2023. Aktivitäten, Aktionsformen und Akteur_innen der BDS-Kampagne in Deutschland seit 2011 im internationalen Kontext. Bundesverband RIAS (Hg.). Antisemitismus bei BDS. Akteure – Aktionsformen – Wirkungen :78–93.
https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-03-14_Antisemitismus-bei-BDS.pdf.



»FROM THE RIVER TO THE SEA' IST HARMLOS.«



Auf antiisraelischen Kundgebungen hört man oft die Parole »From the River to the Sea – Palestine will be free!«, auf Deutsch: »Vom Fluß bis zum Meer – Palästina wird frei sein!«

Gemeint sind der Fluss Jordan als natürliche Grenze zwischen der palästinensischen Westbank und dem Königreich Jordanien und das Mittelmeer als westliche Begrenzung Israels und des Gazastreifens. Gefordert wird also ein neu zu gründender Staat Palästina, der sich über das gesamte Gebiet des heutigen Israel sowie der Westbank und des Gazastreifens erstreckt. Die Parole versteht sich demnach in der Regel als aggressiver Wunsch nach dem Ende Israels. In der Charta der vernichtungsantisemitischen Terrororganisation Hamas wird dieses gesamte Gebiet als islamisches Land verstanden, von dem nichts abgegeben werden dürfe.¹ Die jüdische politische Souveränität, und damit das jüdische und demokratische Israel, der Sinn Israels als Schutzraum für Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt gerade nach der Schoah, soll beendet werden. Es geht hier nicht um eine friedliche Konfliktlösung. Auf Arabisch übersetzt heißt der Satz »Vom Fluß bis zum Meer – Palästina wird arabisch sein!«

Auch Landkarten sind im Kontext der Parole oft zu sehen. »Meist ist das gesamte Territorium in den Farben der palästinensischen Flagge gehalten, manchmal auch im Muster der → Kufija oder, bei

WAS »SIE SAGEN«

Diese Parole stehe für ein freies, nicht-apartheidliches Palästina zwischen Jordan und Mittelmeer – für alle Menschen.

Der Satz sei ein Ausdruck von Hoffnung, nicht notwendigerweise ein Aufruf zur Vertreibung.

Viele Unterstützer betonen, das Ziel sei Gleichberechtigung, nicht Völkermord.

sozialistischen Gruppen, in rot.«²

Denjenigen, die diese Parole rufen, geht es also nicht um eine ausschließlich zwischen den Konfliktparteien zu verhandelnde Zwei-Staaten-Lösung, sondern um eine Ein-Staaten-Lösung, hier verstanden als Etablierung eines neuen palästinensisch-arabischen Staates nicht an der Seite Israels, sondern an Stelle Israels.

Nach dem Massaker des 7. Oktober 2023 ist eine solche Parole als Vernichtungsdrohung zu verstehen.

Auch palästinensische Schulbücher legen nahe, dass es aus Sicht der für das Curriculum verantwortlichen PA nicht um eine friedliche Konfliktlösung geht, sondern um die Etablierung eines palästinensischen Staates an Stelle Israels.

»Das Schlagwort von der ‚Befreiung Palästinas‘ findet sich sowohl im säkular-nationalistischen Kontext als auch bei islamistischen Kräften. Die Terrororganisationen Popular bzw. Democratic Front for the Liberation of Palestine (PFLP und DFLP) etwa tragen sie ebenso im Namen wie die PLO, die Palestinian Liberation Organisation. Und auch Ayatollah Ali Khamenei, der oberste geistliche Führer des iranischen Regimes, das regelmäßig die Vernichtung Israels ankündigt und danach trachtet, eine Atombombe zu bauen, schrieb etwa am 22. Mai 2020 auf Twitter: »The struggle to free #Palestine is #Jihad in the way of God.« (»Der Kampf für die Befreiung Palästinas ist heiliger Krieg nach Gottes Art«) Und: »The struggle’s aim is to liberate entire #Palestine – from river to sea.« (»Das Ziel des Kampfes ist die Befreiung ganz Palästinas – vom Fluss bis zum Meer.«)³

Im Zusammenhang mit dem in Deutschland geltenden Hamas-Verbot hat das Bundesinnenministerium mit der Erweiterung des Kennzeichenverbotes die Parole »Vom Fluss bis zum Meer« Ende Oktober 2024 verboten^[4]; sowohl auf Deutsch als auch in anderen Sprachen. Für eine Bewertung als Kennzeichen der Hamas ist es ausreichend, dass sich die Hamas das Kennzeichen (das heißt, die Parole selbst, JR) derart zu eigen macht, dass dies zumindest auch als Kennzeichen der Hamas erscheint (vgl. BGH, Ur. v. 09.07.2015 – 3 StR 33/15). Das Ziel der Hamas ist die gewaltsame Beseitigung Israels.

Jörg Rensmann

Quellen:

[1] Vgl. Armin Pfahl-Traughber (2023): Antisemitismus und Antizionismus in der ersten und zweiten Charta der Hamas. Eine Fallstudie zur Judenfeindschaft im islamistischen Diskurs, <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36358/antisemitismus-und-antizionismus-in-der-ersten-und-zweiten-charta-der-hamas/>, abgerufen am 4.12.2024.

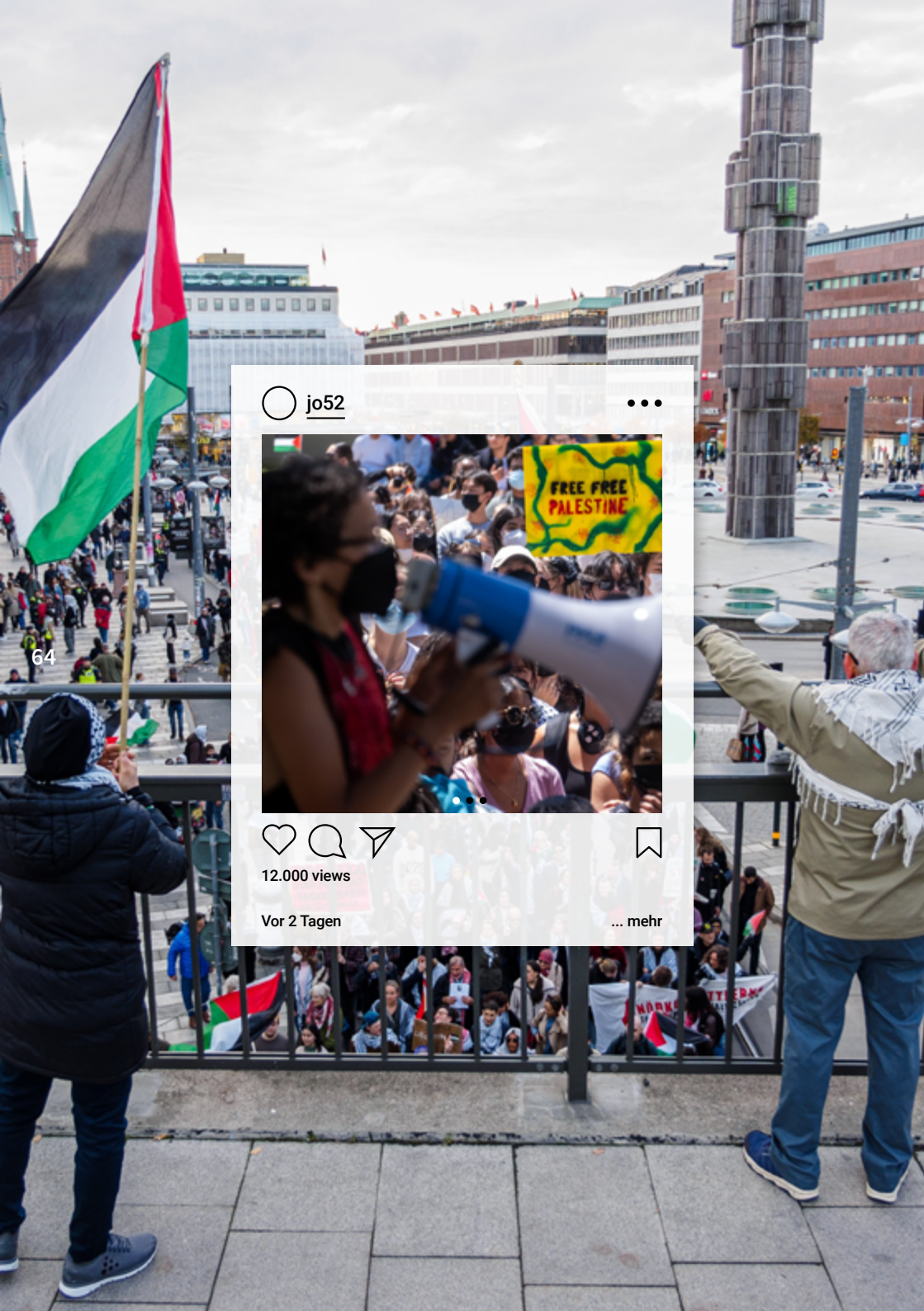


[2] RIAS Bayern (2024): »Free Palestine from German guilt«? Israelbezogener Antisemitismus in Bayern nach dem 7. Oktober, S. 107.

[3] RIAS Bayern (2024), ebenda.

[4] Vgl. Christian Rath 2024: Rotes Hamas Dreieck: Innenministerium erweitert Verbot. <https://www.rnd.de/politik/rotes-hamas-dreieck-innenministerium-erweitert-verbot-um-neue-kennzeichen-SUL22WJHGFDB5BAHRJ4NDQXOAQ.html>, abgerufen am 04.12.2024.





»YALLAH, YALLAH,
INTIFADA!
UND ANDERES. HARMLOSE
SCHLACHTRUFE ODER
PURER JUDENHASS?«

Manche auf Demonstrationen und auch in Schulen immer wieder skandierten Rufe und auf Social Media verbreiteten Aussagen scheinen auf den ersten Blick als harmlos durchgehen zu können.

Um zu verstehen, warum sie keineswegs kleine Dummheiten sondern gefährlich sind, ist es sinnvoll, sich die Parolen genauer anzusehen.

»From the river to the sea, Palestine will be free«

Wie wir im vorherigen Beitrag gesehen haben, fordert dieser Slogan ein Palästina ohne den jüdischen Staat vom Mittelmeer bis zum Fluss Jordan. Damit ist es eine Aufforderung, den einzigen jüdischen Staat der Welt von der Landkarte zu tilgen. In vielen arabischen Schulbüchern fehlt der jüdische Staat auf den Landkarten ohnehin.

Hier soll uns ein Problem interessieren, mit dem Lehrkräfte in diesem Zusammenhang immer wieder konfrontiert werden: »Aber Israel macht doch dasselbe!« Und in der Tat gibt es seit dem Sechstagekrieg im Juni 1967 auf den meisten israelischen Landkarten, auch auf denen, die an Schulen benutzt werden, keine Markierungen mehr für das Gebiet, das vielleicht einmal

ein palästinensischer Staat werden soll. Wollte Israel also wirklich seit 1967 das gesamte Gebiet auf der westlichen Seite des Jordans, das einen großen Teil des früheren britischen Mandatsgebiets einnimmt, für sich? Gehen also auch die Israelis von einem »from the river to the sea« für sich aus?

Nein. Nachfolgend benennen wir die wichtigsten historischen und politischen Unterschiede zwischen den beiden Positionen. Es zeigt zudem, warum man sie nicht gleichsetzen kann:

- Israel akzeptierte den Teilungsbeschluss der UN von 1947, obgleich die Juden auf mehr Land gehofft hatten, wie sie schon die angestrebte Teilung der Peel Kommission 1937 akzeptiert hatten, die ihnen nur zwanzig Prozent des Gebietes zugestanden hatte. Die Araber lehnten **jede Teilung** ab.

WAS »SIE SAGEN«

Die Intifada werde als Ausdruck legitimen Volksaufstands gegen Besatzung glorifiziert.

»Yallah« als mobilisierender Ruf sei ein Ausdruck von Solidarität und Widerstandsgeist.

Die erste Intifada sei weitgehend unbewaffnet gewesen – eine Art ziviler Ungehorsam.

- Den Politikern der jüdischen Gemeinschaft in Palästina war klar, dass die arabischen Staaten ihren Staat, in welcher Form auch immer, nicht akzeptieren würden. Die Arabische Liga hatte für diesen Fall ein Blutbad angekündigt. Israel ließ die Frage nach den endgültigen Grenzen in der Unabhängigkeitserklärung erst einmal offen.
- Unmittelbar nach der Staatsgründung griff die Arabische Liga an. Jordanien eroberte und annektierte später das Westjordanland und Ostjerusalem, und Ägypten besetzte den Gazastreifen. Israel bezwang den Gegner. 1949 legten die Verhandlungsführer die Linien für den

Waffenstillstand fest. Die arabischen Delegationen bestanden auf der Feststellung, dass diese sogenannte **Grüne Linie** keine Grenze darstelle.

- 1967 versuchten Ägypten, Jordanien und Syrien erneut, den jüdischen Staat auszulöschen. Die israelische Bevölkerung bereitete sich unter den wochenlangen Drohungen und Kriegsvorbereitungen besonders von Ägypten auf das Schlimmste vor – es wurden 10.000 Gräber ausgehoben. Bis Israel in einem Präventivschlag die bereitstehende ägyptische Luftwaffe zerstörte. Der Krieg endete nach sechs Tagen mit einem Sieg Israels. Dessen Streitkräfte hatten den Golan von Syrien, das Westjordanland von Jordanien, sowie den Sinai und Gaza von Ägypten erobert und besetzt.
- Von Beginn an war es der israelischen Regierung klar, dass sie diese Gebiete an die Araber im Austausch für Frieden zurückgeben werde. Die allerdings machten schon im September 1967 klar, dass sie keinen Frieden mit den Juden wollten.
- Jordanien hatte zwischen 1948 und 1967 die jüdische Bevölkerung Ostjerusalems vertrieben oder getötet und die jüdischen Einrichtungen – Synagogen, Lehrhäuser, Friedhöfe – zerstört. Der Besuch der Westmauer – der heiligste Ort im Judentum – war keinem Juden erlaubt gewesen. Es war den Israelis klar, dass das künftig nicht mehr zugelassen werden könne. Genauso wenig, wie man Syrern erlauben konnte, unbehelligt auf jüdische Bürger zu schießen, wie sie es bereits seit 1949 getan hatten. Israel annektierte demzufolge später sowohl Ostjerusalem als auch die Golanhöhen.
- Nach 1967 unternahm Israel immer wieder Versuche, mit den Nachbarn Frieden zu schließen. 1973 gelang das mit Ägypten. Der Sinai wurde zurückgegeben. Trotz mehrmaliger Anläufe ist ein Friedensschluss mit den palästinensischen Arabern nicht

gelingen. Weder sind sie bereit, auf die Sicherheitsinteressen Israels einzugehen, noch dazu, auf das Rückkehrrecht aller Nachkommen der Flüchtlinge von 1948 zu verzichten. Beide Forderungen haben auch mit einer endgültigen Grenzziehung zu tun, die gemäß der UN-Resolution 242 mit einem Friedensschluss verbunden sein muss.

- Die palästinensischen Araber haben in den Jahren nach 1948 eine eigene nationale Identität als Palästinenser mit einer starken Verbindung zu diesem Teil des früheren Mandatsgebiets Palästina entwickelt. Diese Verbundenheit wird von der israelischen Seite anerkannt.
- Auf der anderen Seite machen palästinensische Führer immer wieder deutlich, dass sie die tiefe Verbindung der Juden mit dem Land nicht akzeptieren. Sie sehen sie nicht als Nachkommen des indigenen Volkes, sondern als Eindringlinge an.
- Solange die arabische Seite nicht anerkennt, dass die Juden genauso zu dieser Region gehören wie sie selbst, wird ein wirklicher Frieden nicht erreicht werden können.
- Für offizielle Grenzen heißt das: Es gibt sie immer noch nicht.

Fazit: Ist es klug, dass Israel seit 1967 auf den meisten Landkarten die Grüne Linie nicht mehr markiert? Vielleicht nicht. Doch es ist auch nicht illegal, denn Waffenstillstandslinien sind keine Grenzen – andere Abgrenzungen aber sind von der arabischen Seite nie akzeptiert worden. Und vor allem steht dahinter nicht der Wunsch, die arabischen Bürger aus dem gesamten Gebiet zu vertreiben. Diesen Wunsch hegen vielleicht einige radikale Rechte, doch den meisten Israelis (Juden und Arabern) scheint das unethisch zu sein. Sie warten immer noch auf einen Friedenspartner.

»Yallah, yallah, Intifada!«

Waren auch die Erwachsenen nicht einmal jung und sind gegen Zustände auf die Straße gegangen, die sie als Unrecht wahrnahmen? Und hat nicht ein späterer Bundesaußenminister als junger Demonstrant bekanntermaßen Steine auf Polizisten geworfen, wie junge Palästinenser während der Intifada? Warum also denken wir, dass dieser Schlachtruf jüdenfeindlich ist?

Neben anderen Parolen wie »Globalize the Intifada« oder »There is only one solution – Intifada Revolution« bezieht sich auch dieser Schlachtruf auf die erste und zweite Intifada in Israel. Besonders die zweite Intifada, übersetzt »Aufstand«, war nicht von Steinewerfern geprägt, sondern gewalttätig und blutig. Nachdem der Chef der Palästinensischen Autonomiebehörde, Yasser Arafat, dem damaligen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton zufolge während der Camp David Friedensgespräche im Juli und dann im Dezember 2000 jedes Angebot des israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak für Frieden und eine Zweitstaatenlösung ausgeschlagen hatte, begannen die Palästinenser bereits im September die zweite Intifada. In den nächsten fünf Jahren töteten sie in rund 138 Selbstmordanschlägen mehr als tausend Israelis und 64 Angehörige anderer Nationalitäten, mehrere tausend Menschen wurden verletzt und viele für ihr Leben gezeichnet. Viele Israelis sahen die Geschehnisse als Indiz, dass die andere Seite nicht den Frieden suchte, sondern ihn verhindern wollte. Radikale Gruppen wie die Hamas bekennen sich offen zu dieser Haltung.

Für die jüdische Gemeinschaft stellt der Aufruf zur Intifada in welcher Form auch immer eine konkrete Bedrohung dar. Er verherrlicht die Gewalt gegen Juden, nimmt deren Tod billigend in Kauf und stellt diesen Weg als legitimes Mittel des Widerstandes dar. Er ist ohne Frage antisemitisch.

»By any means necessary«

Es stellt sich heraus, dass, wenn es um Israelfeindlichkeit geht, auch Jugendliche, die den Lehrkräften als eher durchschnittliche Schüler*innen bekannt sind, ihre Leidenschaft für die englische Sprache entdecken. Auf Straßen und auf Social Media tauchen weltweit häufig dieselben Parolen auf.

Doch was meinen junge Menschen, auch deutsche Schüler*innen, wenn sie schreien oder schreiben, »By any means necessary«, also, »mit allen notwendigen Mitteln«?

Im Zusammenhang mit dem 7. Oktober und den Geschehnissen danach bedeutet es: Sie halten den Einsatz der Mittel für gerechtfertigt, die die Hamas an diesem Tag eingesetzt hat. Sie legitimieren also das Vergewaltigen von Frauen und Mädchen, die Verstümmelung und das Töten von Kindern, das Abschlachten von mehr als tausend unschuldigen Menschen und die Verschleppung von 250 Frauen, Männern, Kindern und Alten, unter ihnen Überlebende von arabischen Pogromen, als berechtigten Widerstand. Und zwar gegen eine Besatzung, die es zum Zeitpunkt des Überfalls nicht gab. Was die Terroristen der Hamas am 7. Oktober wirklich angetrieben hat, haben sie an diesem Tag wiederholt geschrien: »Tötet die Juden!« Genauso wie die Parole »Resistance is justified when people are occupied«, also »Widerstand ist gerechtfertigt, wenn Menschen unter Besatzung leben«, spiegelt der Slogan »By any means necessary« eine Verachtung für die Realität und die Hintergründe des Nahostkonflikts. Zudem liegt in den Sprüchen eine tiefe Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben von Juden und Jüdinnen. Es wird beliebig zur Disposition gestellt, wenn damit angestrebte Ziele vermeintlich erreicht werden können.

Das macht diese Aussagen zutiefst antisemitisch.

Gunda Trepp

Quellen:

ADL:

<https://www.adl.org/resources/article/stop-and-think-anti-israel-chants-and-what-they-mean>



WertInitiative, Informationspapier: Israelfeindliche und antisemitische Parolen und die Bedeutung dahinter.

https://werteinitiative.de/isrfeindl_slogans/



Haaretz: From the River to the Sea. What it means to Jews.

<https://www.haaretz.com/israel-news/2025-02-13/ty-article/premium/for-israelis-from-the-river-to-the-sea-is-a-reality-for-palestinians-its-a-crime/00000194-ff23-d1d7-a9d5-ff677aae0000>



The Green Line, ADL:

<https://www.adl.org/resources/backgrounder/green-line>



»ISRAEL IST EIN WEISSER KOLONIALSTAAT«



In seinem Buch »Hundert Jahre Krieg« und allen Interviews, die sich mit dem Thema befassen, behauptet der Historiker Rashid Khalidi, das Ziel der Zionisten sei es gewesen, eine »weiße europäische Siedlerkolonie« zu errichten. Seit Jahren bedienen sich immer mehr seiner Kollegen dieser Terminologie. Nach den Massakern am 7. Oktober hat sie noch einmal neue Popularität gewonnen. Mittlerweile ist sie Mainstream. Doch wenn linke Historiker, protestierende Studenten und Aktivisten die Zionisten und die Staatsgründer Israels als Kolonisten bezeichnen, gehen sie davon aus, dass die Juden unter ähnlichen Umständen und mit gleicher Intention nach Palästina gegangen sind, wie, sagen wir, die Briten nach Amerika. Damit vergleichen sie Äpfel mit Birnen. Dies sind ihre drei maßgebenden Denkfehler:

Erstens: Der Vorwurf ignoriert die Verbundenheit der jüdischen Gemeinschaft mit Israel. An diesem Ort waren Juden das indigene Volk, das seine Anwesenheit über Jahrtausende zurückverfolgen konnte. Das Wort »Zionismus« kommt von Zion, was für Jerusalem oder Israel steht. Nicht umsonst finden wir den Begriff im Tanach ungezählte Male. Selbst nach der Zerstörung des zweiten Tempels und der Vertreibung hielten die Juden an der Hoffnung und ihrem Willen fest, einmal in ihr Heimatland zurückzukehren. In einem Podcast erzählt ein Israeli

von einer Ausgrabung in Jerusalem. Die Forscher fanden Münzen mit der hebräischen Inschrift »Für die Befreiung von Zion« aus der Zeit, in der die Juden gegen die Römer kämpften. Als der Podcast-Host den Archäologen fragte, warum die Juden einen Teil des wenigen Metalls, das sie hatten, nicht nur in Waffen,

WAS »SIE SAGEN«

Die jüdische Einwanderung seit dem 19. Jahrhundert sei von europäischen Siedler-Ideologien geprägt gewesen.

Es sei geplant gewesen, die indigene Bevölkerung systematisch zu verdrängen und zu kontrollieren.

Der Staat werde durch »weiße Mächte« (USA, EU) militärisch und wirtschaftlich gestützt – ein kolonialer Machtblock.

Zweitens: Auch wenn die Zionisten selbst von »Siedlungen« sprachen, meinten sie damit nicht dasselbe wie die Briten, als die im 17. Jahrhundert den neu entdeckten nordamerikanischen Kontinent besiedelten. Als die ersten Juden aus Europa nach Palästina emigrierten, kamen sie nicht als Vertreter einer imperialen Regierung, die ihre Macht ausweiten und die Ressourcen des Landes ausbeuten wollte, sondern suchten Schutz und Möglichkeiten, selbstbestimmt in ihrem Mutterland zu leben. Dafür kauften sie Land von arabischen Großgrundbesitzern. Andere Gebiete waren öffentlicher Besitz. Viele dieser Flächen waren Sümpfe und andere Gebiete, die von

sondern auch Münzen verarbeiteten, habe der geantwortet: »Diese Münzen sind E-Mails, gerichtet an Juden, die sie in einigen Jahrzehnten finden und wissen sollten: ‚Dies ist jüdisches Land. Wir waren hier.‘« Eindrucksvoller kann man die Verbundenheit wohl kaum beschreiben. Im täglichen Gebet, in der Liturgie, zu den Festen und anderen Gelegenheiten beten Juden um die Rückkehr nach Zion. Einige, die meisten von ihnen religiös, haben das Land nie verlassen. Das jüdische Volk lässt sich von dem jüdischen Land nicht trennen. Israel als Produkt einer Bewegung von Siedlerkolonisten zu bezeichnen, spricht dem jüdischen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung ab und ist nicht zu akzeptieren.

wenig wirtschaftlichem Interesse waren, weil sie als zu schwer zu kultivieren galten. Malaria war ein großes Problem. Ursache der Krankheit sind winzige Parasiten, die durch Moskitostiche übertragen werden. In der feuchten Umgebung gab es unzählige Mücken, so dass die Zahl der Todesopfer auch unter den jungen jüdischen Pionieren rasant anstieg. Der Arzt, der das Vorkommen der Krankheit katalogisierte, verzeichnete seine Ergebnisse auf einer Landkarte der Region. Nicht zufällig gleicht seine Karte der UN-Karte für den Teilungsplan auf frappierende Weise. Die für den jüdischen Teil vorgesehenen Gebiete waren die, die Juden vor Jahrzehnten erworben hatten und in denen in dieser Zeit die meisten Menschen an Malaria gestorben waren. Das alles erinnert an Resilienz und einen starken Willen und nicht an Siedlerkolonisten. Und anders als die Kolonisten, die nach Amerika oder Australien kamen, wollten die Juden die Menschen, die bereits in dem Land lebten, nicht vertreiben oder ersetzen. Wenn es in späteren Jahren auch Gedanken an Umsiedlungen der arabischen Bevölkerung unter einigen Zionisten gab, hatten diese mit zunehmenden Feindseligkeiten zwischen den Gruppen und nicht mit einer kolonialen Haltung zu tun. Angesichts der Gewalt, die vor allem von arabischer Seite ausging, schlugen auch die Briten vor, die jüdische und arabische Bevölkerung in Palästina zu trennen. Seit dem Ersten Weltkrieg waren die Briten die bestimmende Macht in dem Land, das zuvor jahrhundertlang unter osmanischer Herrschaft gestanden hatte. Sowohl jüdische als auch arabische Palästinenser wollten sich von ihnen befreien. Letztendlich wurde über die Teilung Palästinas am 29. November 1947 von den Vereinten Nationen entschieden – im Übrigen gegen den Willen der Kolonialmacht Großbritannien, die sich enthielt. Und auch der zweite wichtige europäische Staat, der Kolonien in der Region unterhielt, nämlich Frankreich, stimmte nur unter Druck der Vereinigten Staaten für den Beschluss.

Drittens: Der Begriff »weiße Siedlerkolonisten« ignoriert nicht nur die Herkunft der Jüdinnen und Juden, sondern auch die

Diversität der jüdischen Gemeinschaft. Fünfzig Prozent der Gemeinschaft in Israel sind mizrachische Juden mit einer dunkleren Hautfarbe. Die Juden aus Äthiopien sind schwarz. Und die aschkenasischen Juden in Europa wurden unter den Nationalsozialisten verfolgt, weil sie deren rassistischen Vorstellungen zufolge eben nicht zu den weißen Ariern zählten. Wäre der Staat zehn Jahre früher gegründet worden, hätten Millionen europäische Juden vor dem Tod gerettet werden können. Nach 1948 fanden zahlreiche Überlebende der Vernichtungslager eine neue Heimat in ihrem alten Land.

Fazit: Die Juden sind ein indigenes Volk im Nahen Osten und haben dieselben Rechte, in ihrem eigenen Staat zu leben wie andere Bürger dieser Region auch.

Gunda Trepp

76

Quellen:

Adam Kirsch: On Settler Colonialism: Ideology, Violence, and Justice. W. W. Norton & Company, 2024

Benny Morris, 1948. Der erste arabisch-israelische Krieg. Hentrich&Hentrich, 2023

Rashid Khalidi, The Hundred Years' War on Palestine, 2020



»DIE JUDEN SOLLEN DOCH WIEDER DORTHIN ZURÜCKGEHEN, WOHER SIE KOMMEN!«



Inon Tzadok, jemenitischer Jude aus Israel:

Schon erledigt. Wir sind genau da, woher wir kommen. Die mizrachischen Juden haben die Region nie verlassen. Im Jemen war die jüdische Gemeinschaft fast 3000 Jahre lang zu Hause. Wir wissen nicht genau, ob die ersten Juden auf Befehl König Salomos im Jahr 900 vor unserer Zeitrechnung in den Jemen gezogen sind, um nach Gold und Silber für den Tempel zu suchen. Oder aber ob wir wegen der Zerstörung des ersten Tempels durch die Babylonier rund dreihundert Jahre später dorthin gingen. Auf jeden Fall waren wir hier seit jeher zu Hause, lange bevor der Nahe Osten und Arabien Heimat der Christen oder Muslime wurden.

Als der Islam an die Macht kam, wurden wir auch in Jemen zu Bürgern zweiter Klasse. Die Juden durften bleiben, mussten auch nicht konvertieren, dafür aber eine Sondersteuer zahlen und den ihnen zugedachten unteren Platz in der Gesellschaft akzeptieren. Wir waren nun Dhimmis – Geduldete. Immer wieder gab es Verfolgungen. Im 17. Jahrhundert vertrieb man große Teile unserer Gemeinschaft, merkte dann aber, dass die übrige Gesellschaft unsere Talente dringend brauchte – viele jemenitische Juden stellten Möbel oder Schmuckstücke her und waren für die Schönheit ihrer Produkte berühmt. Also durften

die Juden wieder zurückkommen. Später wurde es enger. Man zeigte die Verachtung für unsere Gemeinschaft immer offener und in den 1920-er Jahren wurden jüdische Waisen zum Islam zwangskonvertiert. Zu Zeiten meiner Großeltern galt es als

WAS »SIE SAGEN«

Zionistische Juden seien als europäische Kolonisatoren nach Palästina gekommen – nicht »einheimisch«.

Jüdische Gemeinden lebten auch früher in vielen Ländern in Frieden – Rückkehr sei also möglich.

Der Staat Israel sei ein künstliches Konstrukt, das durch Migration aufgebaut wurde, nicht historisch legitim.

Im Jemen waren einige in meiner Familie Gold- oder Silberschmiede gewesen. Ein Onkel hatte ein kleines Lebensmittelgeschäft. In Israel lebten sie zunächst in Zelten in einem Flüchtlingscamp. Und sie bauten sich dann ihre Existenz neu auf. Es war ein einfaches Leben. Sie waren arm. Doch ich weiß, dass sie glücklich waren. Sie waren frei. Und sie lebten in dem Land, mit dem sie sich ihr Leben lang tief verbunden fühlten.

eine Sünde, jüdisch zu sein. Und als dann der Staat Israel gegründet wurde, gab es keine Sicherheit mehr. Nachdem die UNO den Teilungsplan für Palästina veröffentlicht hatte, zog der Mob durch die Straßen von Aden. Die Menschen plünderten und zerstörten und verbrannten jüdische Läden, Privathaushalte und vier Synagogen. 82 jüdische Bürger wurden in dem Pogrom ermordet. Andere wurden durch den Mut muslimischer Nachbarn gerettet. Wie viele andere sah meine Familie keine Zukunft mehr in dem Land. Doch obgleich man uns eigentlich loswerden wollte, durften Juden das Land zwischenzeitlich nicht verlassen. Das hieß also, manchmal musste die Flucht heimlich passieren. In vielen Fällen musste alles zurückgelassen werden. Heute lebt kein einziger Jude mehr in dem Land.

Mein Großvater ist hier mit 102 Jahren gestorben und hat fünf Generationen zurückgelassen. Mein Vater war noch ein kleiner Junge, als die Familie ankam. Meine Mutter ist in Israel geboren. Das Land ist meine Heimat. Ich bin in Jerusalem aufgewachsen, eine der schönsten Städte der Welt, inmitten einer lebendigen jüdischen und arabischen Kultur. Wie überall in Israel gibt es auch in Jerusalem alle Menschengruppen und Religionen. Neben den Juden finden wir Christen aller Richtungen, die Drusen, Angehörige der Bahai Religion, und natürlich Muslime. Ich spreche hebräisch und arabisch und habe die Muslime und die arabischen Israelis und Palästinenser immer als unsere Cousins angesehen. An meinem ersten Arbeitsplatz hatte ich einen palästinensischen Chef. Ich habe viel mit Juden und Arabern zusammengearbeitet. Es scheint mir völlig natürlich. Als ich nach San Francisco kam, habe ich anfangs ein Minirestaurant mit einem palästinensischen Freund betrieben. Nach dem 7. Oktober ist das Verhältnis angespannt. Ich glaube, dass wir uns als Juden in der nächsten Zeit erst einmal auf uns fokussieren sollten. Irgendwann muss es Lösungen für den Konflikt und einen dauerhaften Frieden geben. Es gibt keinen anderen Weg.

Anmerkung der Autorin: Insgesamt sind seit 1948 zwischen 700.000 und 900.000 jüdische Bürger aus Ländern geflohen oder haben sie unter Druck verlassen, in denen sie seit Jahrtausenden zu Hause waren. Die Zahl hängt davon ab, ob man die Menschen, die nicht ausschließlich wegen der Verfolgung und Diskriminierung gegen sie, sondern auch aus zionistischen Gründen ihre Koffer packten, zu den Geflohenen zählt oder nicht. Zionisten gab es unter den Mizrahim allerdings nur wenige. In Staaten wie dem Irak, Syrien oder Libyen leben heute keine Juden mehr. Einige Völkerrechtler gehen davon aus, dass die UN-Resolution 242, die generell eine Rückkehr für Flüchtlinge fordert, neben den rund 750.000 palästinensischen

Flüchtlingen auch die mizrachischen und sephardischen Juden einbezieht, die aus ihren arabischen Heimatländern geflohen sind.

Gunda Trepp

Quellen:

Gespräch mit Inon Tzadok
Website: JIMENA, JEWS INDIGENOUS TO THE MIDDLE
EAST AND NORTH AFRICA, die die Geschichte der
mizrachischen Juden dokumentiert.
<https://www.jimena.org>



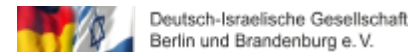
Impressum:

Leo Trepp Stiftung
Am Kupfergraben 4
10117 Berlin
Germany

Tel.: 030 850 76 304
E-Mail: info@leotrepp.org
www.leotrepp.org

LEO
TREPP
STIFTUNG

Mit freundlicher Unterstützung durch:



Bildnachweis:

Tite:	Unsplash.com	Seite 52	Shutterstock.com
	Unsplash.com		Unsplash.com
Seite 06	Shutterstock.com	Seite 60	Unsplash.com
	Shutterstock.com		Shutterstock.com
Seite 11	Shutterstock.com	Seite 64	Shutterstock.com
Seite 12	Shutterstock.com		Shutterstock.com
	Shutterstock.com	Seite 72	Shutterstock.com
Seite 21	Shutterstock.com		Jews airlifted from Yemen on
Seite 22	Unsplash.com		Operation »Magic Carpet« in 1949
	Unsplash.com	Seite 77	Unsplash.com
Seite 28	Shutterstock.com	Seite 78	Unsplash.com
	Shutterstock.com		Shutterstock.com
Seite 38	Unsplash.com	Rücktitel:	Unsplash.com
	Unsplash.com		
Seite 42	Unsplash.com		
	Shutterstock.com		

Der Abruf der Links erfolgte soweit nicht
anders angegeben am 29.06.2025

Grafik Design: Carl Bartel

© April 2025

